

# Beschlussbuch

Grundschule "Auf dem Hagen"

Auf dem Hagen 10

30952 Ronnenberg

der Jusos Region Hannover

zur Unterbezirkskonferenz am 25. April 2026

**NICHT NACH  
RECHTS,  
NICHT  
ZURÜCK,  
LINKS VORAN,  
STÜCK FÜR  
STÜCK!**



**JUSOS**

Region Hannover

## **Beschlussbuch zur Juso-Unterbezirkskonferenz 2026**

### **Herausgeber\*innen:**

Jusos Region Hannover

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Für den Inhalt eines Antrags sind die jeweiligen Antragsteller\*innen verantwortlich.

*Abgelehnte oder zurückgezogene Anträge sind nicht aufgeführt.*

## **Antragsverzeichnis**

### **AP - Arbeitsprogramm**

AP01 - Arbeitsprogramm 2026: Nicht nach rechts, nicht zurück, links voran, Stück für Stück! ..... 4

### **A – Arbeit**

A03 - Investition in Ausbildung statt Billiglohn-System ..... 14

A04 - Faire Feiertagsregelung für Werkstudent\*innen ..... 16

A05 - Planungssicherheit für Studierende und Betriebe schaffen ..... 17

A06 - Dienst ist Dienst: Tagegeldanspruch unabhängig von der Stellenbeschreibung ..... 18

A07 - Rettet die unabhängige deutsche Kulturlandschaft! - bedingungsloses Grundeinkommen für selbstständige Kulturschaffende jetzt! ..... 20

### **D - Digitales**

D01 - Hotspots für Hannover – WLAN für die Jugend ..... 22

D02 - Digitale Gewalt bekämpfen. Deepfake-Pornografie und KI-Missbrauch konsequent unterbinden..... 24

D03 - Mehr als Nullen und Einsen: Mit offenen Daten Vertrauen schaffen ..... 26

### **DR - Demokratie & Rechtsstaat**

DR01 - Politik raus aus der Strafverfolgung! ..... 28

DR02 - Demokratie stärken – Direkte Mitbestimmung in Niedersachsen ausbauen ..... 30

DR03 - Kommunalpolitik in Schulen sichtbar machen – Demokratiebildung praxisnah stärken ..... 33

DR04 - Solidarität mit den Iraner\*innen und der Frau – Leben – Freiheit Bewegung, für ein demokratischen Iran!..... 35

DR06 - Demokratiebildung für Jugendliche stärken – Demokratietage an Schulen einbauen und ausbauen..... 38

### **G - Gesundheit**

G01 - Gesundheit ist keine Ware – Die Transformation des KRH als Chance für eine demokratische und dezentrale Gesundheitsversorgung nutzen! ..... 41

G02 - Am Puls der Zeit: Smarte Ersthilfe und datenbasierte Qualität ..... 43

G03 - Lläuft bei uns: Die Sport-Ampel am Maschsee..... 45

G04 - Das Recht auf Vergessenwerden nach einer Krebserkrankung ..... 47

## **K - Kommunales**

K02 - Maßnahmen zur Verbesserung der Fernwärmeakzeptanz in der Region Hannover.....	49
K03 - Ausweitung der Sitz- und Liegemöglichkeiten am Mittellandkanal .....	50
K04 - Hannover 2050: Eine neue Weltausstellung für sozial-ökologische Transformation und internationale Solidarität .....	52

## **SW - Soziales & Wohnen**

SW02 - Jugendarbeit in der Region Hannover stärken – Fachkräfte gewinnen und ländliche Räume sichern .....	55
SW04 - Geeigneter leerstehender öffentlicher Wohnraum für den Mieter*innenmarkt zu marktgerechten Preisen zur Verfügung stellen .....	58

## **UT - Umwelt & Tierschutz**

UT01 - Bodenlos: Mikroplastik nachhaltig vom Acker verbannen.....	59
UT02 - Contrails.....	61
UT03 - Resolution der Jusos Region Hannover: Klimaziele konsequent umsetzen – Soziale Gerechtigkeit und Energiewende vorantreiben .....	62
UT04 - Stoppt das stille Sterben der Straßenkatzen .....	65
UT07 - Bekämpfung des Müllproblems durch präventive und fördernde Maßnahmen .....	67
UT08 - Ausweitung der Abfallbehälter für die Stadt Hannover .....	68

## **V - Verkehr**

V01 - Rufbus statt Leerbus.....	69
V03 - Barrierefreie Bahnhöfe sichern und Fahrradinfrastruktur im ländlichen Raum stärken – für eine sozial gerechte und nachhaltige Mobilität.....	71
V05 - Gewährleistung einer überdachten Sitzmöglichkeit an jeder Bushaltestelle in Hannover-Mitte .....	73
V06 - Ausweitung von Fahrradgaragen im Innenstadtbereich.....	74
V07 - Statt bis zum Pferdeturm direkt zum Zoo – Linie 127 bis zur Haltestelle Zoo verlängern .....	75
V08 - Mehr Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln für ALLE! .....	76
V10 - Über den Wolken... ..	79

## **Ini - Initiativanträge**

## **AP - Arbeitsprogramm**

### **AP01 - Arbeitsprogramm 2026: Nicht nach rechts, nicht zurück, links voran, Stück für Stück!**

Antragssteller\*innen: Jusos Region Hannover

#### 5 **Angenommen**

##### **Jusos in die Parlamente**

Im Herbst stehen in Niedersachsen die Kommunalwahlen an, und für uns ist klar: Wir wollen die Politik in der Region Hannover nachhaltig verjüngen. Das Wahlalter ab 16 Jahren bietet uns die Chance, junge Wähler\*innen dort zu erreichen, wo ihre Lebensrealität unmittelbar gestaltet wird. Wir wollen diese Menschen nicht nur als

10 Wähler\*innen gewinnen, sondern sie aktiv in den politischen Prozess einbinden. Unser erklärtes Ziel ist es, mit deutlich mehr jungen Kandidat\*innen in die kommunalen Parlamente – vom Stadtrat über die Ortsräte bis hin zur Regionsversammlung – einzuziehen.

15 Um dies zu erreichen, setzen wir auf ein gezieltes Empowerment unserer Kandidat\*innen. Gerade gegenüber oft gealterten Ortsvereinsstrukturen brauchen junge Menschen Rückhalt. Wir werden Juso-Kandidaturen sowohl personell als auch materiell unterstützen, um sicherzustellen, dass unsere Themen eine starke Stimme erhalten. Im Wahlkampf selber werden wir unsere Präsenz durch Kampagnen auf

20 Social-Media sowie durch klassische Formate wie Verteilaktionen ausbauen.

Bezahlbarer Wohnraum ist und bleibt eine zentrale soziale Frage für uns. Wohnen darf kein Luxus sein! Wir fordern eine massive Stärkung und Unterstützung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften sowie den konsequenten Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Dabei setzen wir auf eine Vielfalt an Wohnformen – von der

25 Förderung genossenschaftlichen Wohnens bis hin zum gezielten Ausbau von Wohnraum für Studierende und Auszubildende in Form eines Auszubildendenwerkes. Um den Flächenverbrauch zu minimieren, fordern wir eine nachhaltige Stadtentwicklung und die Nachnutzung von Leerstand. Wir würden gerne das Platzprojekt besichtigen, um zukunftsweisende Konzepte der Stadtgestaltung direkt

30 vor Ort zu erleben.

## **Ohne uns läuft hier gar nichts.**

„Ah, aber studieren tust du schon noch?“ oder „Ach, du hast ja nur eine Ausbildung!“.

35 Solche Sprüche fallen leider viel zu oft und tragen zusätzlich zu häufig schlechten  
Ausbildungsbedingungen und niedriger Bezahlung dazu bei, jungen Menschen eine  
Ausbildung auszureden. Wir möchten ein Bewusstsein dafür schaffen, dass ein  
Studium nicht pauschal einer Ausbildung vorzuziehen ist und dass die Bedingungen  
für Auszubildende attraktiver werden müssen. Fachkräfte mit Ausbildung werden  
40 derzeit dringend gesucht und haben dennoch häufig nicht die gleichen  
Karrierechancen oder Einkommen wie viele Akademiker\*innen. Wir leben in einer  
Gesellschaft, in der Theorie (Studium) häufig der Praxis (Ausbildung) vorgezogen wird,  
einfach weil sie gesellschaftlich als angesehener gilt. Daher erhalten aus  
Kostengründen beispielsweise im gleichen Job, Bachelorabsolvent\*innen häufig mehr  
45 als bereits ausgelernte Fachkräfte.

Zu diesem Zweck möchten wir Besichtigungen von Ausbildungsbetrieben (und  
Universitäten) organisieren und mit Vertreter\*innen zum Beispiel aus Studierenden-  
und Schüler\*innenvertretungen, Gewerkschaften oder Azubi-Verbänden  
zusammenkommen. Angebote dieser Art haben vor allem für jüngere Jusos im  
50 Schulalter einen großen Wert, da sie dort erste Eindrücke von Ausbildungsberufen  
bekommen können, die ihnen weder in der Schule noch im Internet ausreichend  
vermittelt werden.

Gleichzeitig wollen wir allen, die bereits eine Ausbildung abgeschlossen haben,  
verdeutlichen, dass ihre geleistete Arbeit einen zentralen Beitrag für unsere  
55 Gesellschaft darstellt und sie darauf stolz sein können. Zugleich setzen wir uns dafür  
ein, die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Arbeit nachhaltig zu verbessern. Die  
Jusos stehen gerade als Jugendorganisation der SPD für die Interessen junger  
Arbeitnehmer\*innen ein und werden mit geeinter Kraft gegen Ausbeutung kämpfen,  
insbesondere in der Anfangszeit der Ausbildung.

## 60 **Kampf gegen Rechts!**

Rechtsextremismus stellt eine der größten Bedrohungen für Demokratie,  
Menschenrechte und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland dar. Die  
aktuellen Entwicklungen zeigen deutlich, dass diese Gefahr nicht abstrakt ist, sondern

sich in konkreten politischen, gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen  
65 Entwicklungen widerspiegelt.

Im Jahr 2025 wurden in Deutschland 41.072 politisch rechts motivierte Straftaten  
registriert. Darunter befanden sich 1.521 Gewaltdelikte, beispielsweise  
Körperverletzungen, Brandanschläge oder Angriffe auf Menschen. Das bedeutet  
70 statistisch mehr als vier rechtsextreme Gewalttaten pro Tag. Diese Zahlen  
verdeutlichen, dass Rechtsextremismus weiterhin eine massive Gefahr für Menschen  
in Deutschland darstellt.

Parallel dazu beobachten wir eine zunehmende Normalisierung rechtsextremer  
Positionen im politischen Diskurs. Einzelne Politiker\*innen und Mitarbeiter\*innen aus  
dem Umfeld rechter Parteien sind in der Vergangenheit durch offen rassistische oder  
75 geschichtsrevisionistische Aussagen aufgefallen. Immer wieder werden offen  
menschenfeindliche und geschichtsrevisionistisch Aussagen geäußert, die bis hin zur  
Relativierung oder Verherrlichung nationalsozialistischer Verbrechen reichen. Dies  
zeigt, wie präsent entsprechende Ideologien weiterhin sind und wie unverblümt sie  
teilweise artikuliert werden. Umso wichtiger ist es, dem eine klare demokratische  
80 Haltung entgegenzustellen.

Gleichzeitig gewinnen rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien zunehmend  
politischen Einfluss. So erreichte die AfD bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg  
2026 18,8 % der Stimmen und wurde damit drittstärkste Kraft hinter den Grünen (30,2  
%) und der CDU (29,7 %). Auch bundesweite Umfragen seit dem Frühjahr 2023 zeigen  
85 eine anhaltend hohe Zustimmung für die AfD, die häufig bei rund 25 % liegt. Parallel  
dazu musste die SPD zuletzt auch Rückschläge hinnehmen, etwa bei der  
Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, und liegt in vielen Bundes-Sonntagsfragen deutlich  
dahinter im Bereich von 14 bis 16 %.

Durch die Flut an Nachrichten kommt es häufig vor, dass gerade besonders radikale  
90 Aussagen abgetan oder relativiert werden. Deshalb müssen wir als Jusos der Region  
Hannover auf Demonstrationen und im Netz verstärkt auf Hass und Hetze von Parteien  
aus dem rechten Spektrum aufmerksam machen und uns vereint dagegen stellen.

Unter den Wähler\*innen der AfD lassen sich bestimmte soziodemographische  
Schwerpunkte erkennen. So sind statistisch etwa 70 % der Wählenden männlich,  
95 besonders häufig im Alter zwischen 35 und 60 Jahren. Auch hinsichtlich Bildungs- und

Einkommensstrukturen zeigen sich Unterschiede: Überdurchschnittlich oft handelt es sich um Menschen mit mittleren oder niedrigeren Bildungsabschlüssen, die häufiger als Arbeiter\*innen, Arbeitslose oder in niedrigeren Einkommensgruppen vertreten sind. Viele dieser Wähler\*innen geben an, mit der Politik unzufrieden zu sein, Sorgen über Migration zu haben oder sich wirtschaftlich und gesellschaftlich benachteiligt zu fühlen.

Diese Einstellungen stehen im Zusammenhang mit breiteren gesellschaftlichen Sorgen, die weit über einzelne Wählergruppen hinausgehen. Laut Umfragen nennen 63 % der Deutschen die wirtschaftliche Lage und steigende Lebenshaltungskosten als größte Herausforderung. Armut und soziale Ungleichheit werden von etwa 32 % als großes Problem wahrgenommen, während 38 % bis 40 % einen sozialen Abstieg befürchten. Auch strukturelle Fragen bereiten vielen Menschen Sorgen: Rund 90 % äußern Bedenken hinsichtlich des Bildungssystems, etwa wegen Lehrer\*innenmangel oder sinkender Bildungsqualität. Gleichzeitig geben 82 % an, sich über Kriege und internationale Konflikte Sorgen zu machen, während auch Migration und gesellschaftliche Spannungen von vielen als zunehmende Herausforderungen wahrgenommen werden.

Besonders junge Menschen unter 30 Jahren sehen zusätzliche Zukunftsrisiken. Für sie gehört der Klimawandel zu den größten Sorgen, etwa 60 % bis 70 % geben an, sich stark darüber zu sorgen. Hinzu kommen Inflation und steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsmangel, internationale Konflikte sowie Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt. Viele junge Menschen haben Angst, keine bezahlbare Wohnung zu finden oder langfristig wirtschaftlich unsicher zu leben.

Bemerkbar ist, dass gerade junge Menschen vermehrt Probleme in Bereichen sehen, die eigentlich zu den klassischen Stärken der Sozialdemokratie gehören sollten. Wir als Jusos Region Hannover müssen hier lauter werden und der SPD deutlich aufzeigen, wo junge Menschen ihre Anliegen und Erwartungen verorten. Dafür braucht es mehr direkte Gespräche auf Augenhöhe mit Funktionsträger\*innen der SPD, die wir gezielt organisieren wollen – etwa durch Besuche im Landtag oder den Austausch mit Bundestagsabgeordneten –, um unsere Perspektiven klar einzubringen, nicht als Bittsteller\*innen, sondern als ernstzunehmende Vertreter\*innen der sozialdemokratischen Jugend. Gleichzeitig ist auch der Austausch mit anderen Jugendorganisationen von großer Bedeutung, um unsere Positionen zu stärken und

gemeinsam mehr Einfluss innerhalb der von älteren Mitgliedern geprägten Parteistrukturen zu entfalten.

130 Rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte versuchen gezielt, diese Sorgen politisch auszunutzen. Sie machen einfach strukturierte Schuldzuweisungen und bieten scheinbar einfache Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme. Dabei werden häufig Minderheiten oder gesellschaftliche Gruppen als Sündenböcke dargestellt. Diese Strategie gefährdet den demokratischen Diskurs und fördert  
135 gesellschaftliche Spaltung.

Für uns als Jusos der Region Hannover ist deshalb klar: Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine zentrale demokratische Aufgabe. Er bedeutet nicht nur konsequente Strafverfolgung rechtsextremer Straftaten, sondern auch eine Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft, langfristige Förderung von Demokratieprojekten  
140 und eine klare politische Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit.

### **Sozial gerecht, ökologisch konsequent!**

Die Jusos in der Region Hannover stehen klar zum Klima- und Umweltschutz. Dabei ist für uns entscheidend, dass Klimaschutz sozial gerecht gestaltet und niemand  
145 zurückgelassen wird. Deshalb unterstützen wir die Organisation Fridays for Future und setzen uns im Rahmen dieser Zusammenarbeit für einen sozial verträglichen Klimaschutz ein. Dazu streben wir eine Veranstaltung an, in der wir uns mit den Möglichkeiten und Grenzen eines solchen Ansatzes in der Region Hannover auseinandersetzen wollen.

150 Ferner setzen wir uns für die Unterstützung des durch die Landeshauptstadt Hannover und die Abfallwirtschaft Hannover (aha) ins Leben gerufene Projekt „Hannover ist putzmunter“ ein. Wir möchten erreichen, dass es ebenso im Umland der Region umgesetzt wird und somit die gesamte Region ein Zeichen für mehr Umweltschutz setzt.

155 Da die Region Hannover zu den moorreichsten Gebieten in ganz Deutschland zählt, möchten wir uns darüber informieren, wie wir Moore effektiv schützen können und wo nachgesorgt werden muss. Unser klares Ziel ist die Erhaltung dieser Hochleistungsökosysteme. Daher möchten wir sicherstellen, dass die Region Hannover einen angemessenen Teil dazu beiträgt.

160 Zuletzt möchten wir erneut eine Exkursion zu landwirtschaftlichen Betrieben durchführen und uns auch hier darüber informieren, wie landwirtschaftliche Betriebe in unserer Region mit den Regelungen zum Klima- und Umweltschutz zurechtkommen.

Gleichzeitig möchten wir dies mit dem Thema pflanzliche Ernährung verbinden. Da auch hier ein großes Einsparpotential von Treibhausgasen zu finden ist, ist es sinnvoll, 165 landwirtschaftliche Betriebe, die von diesem sich verändernden Konsumverhalten relativ direkt beeinflusst werden, nach Möglichkeiten und Grenzen dieser Entwicklung zu befragen.

Da wir bei dem Besuch einen Fokus auf Betriebe, die Tiere halten, legen wollen, planen wir außerdem eine Veranstaltung zum Thema Tierschutz, um auch ethische Aspekte 170 der Tierhaltung stärker zu beleuchten.

### **Starke Jusos durch starke Strukturen**

Innerverbandlich wollen wir als Unterbezirksvorstand weiterhin auf Transparenz und Beteiligung setzen. Deshalb werden wir unsere offenen Vorstandssitzungen beibehalten und die Protokolle weiterhin öffentlich versenden. Mit diesem Vorgehen 175 haben wir im vergangenen Vorstandsjahr sehr gute Erfahrungen gemacht und möchten diese Praxis fortführen.

Trotz des anstehenden Kommunalwahlkampfes werden wir weiterhin AG-Vorsitzendenkonferenzen (AGVKs) durchführen. Dadurch stellen wir sicher, dass die Vorsitzenden unserer Juso-AGen auch während des Wahlkampfes eng eingebunden 180 bleiben und sich aktiv in die Arbeit des Unterbezirks einbringen können. Gleichzeitig bieten diese Treffen die Möglichkeit, etwa eine zentrale Verteilung von Material für Aktionen und Wahlkampfmaßnahmen zu organisieren. Darüber hinaus werden wir weiterhin Get2gether-Veranstaltungen anbieten, die Raum für Austausch und Vernetzung schaffen und zugleich zur innerverbandlichen Bildungsarbeit beitragen. 185 Ebenso wichtig sind Teambuilding-Veranstaltungen, durch die wir als Vorstand enger zusammenrücken und unsere Zusammenarbeit stärken können.

Auch mit anderen Ebenen wollen wir eng und verlässlich zusammenarbeiten. Dazu gehört insbesondere eine gute Zusammenarbeit mit der Juso-Hochschulgruppe sowie mit den übergeordneten Ebenen unseres Verbandes, also dem Juso-Bezirk Hannover 190 und den Jusos Niedersachsen. Als größter Unterbezirk der Welt (wir halten an diesem Anspruch fest!) tragen wir eine besondere Verantwortung für die Arbeit im Verband und

wollen dieser auch auf Bezirks- und Landeskonferenzen durch eine starke inhaltliche Präsenz gerecht werden. Daher wollen wir im kommenden Jahr wieder Antragswerkstätten anbieten, insbesondere im Vorfeld von Bezirks- und Landeskonferenzen, sodass qualitativ hochwertige Anträge entstehen können. Dabei setzen wir sowohl auf Präsenz als auch auf digitale Formate und entwickeln diese weiter.

Im Bereich Social Media wollen wir unsere Strukturen insbesondere im Hinblick auf den Kommunalwahlkampf weiterentwickeln und Verantwortlichkeiten bei Veranstaltungen klar benennen. Social Media bleibt für uns ein zentrales Instrument, um junge Menschen zu erreichen und für politische Beteiligung zu gewinnen.

Gleichzeitig bleiben wir kritisch-solidarisch mit unserer Partei. Eine kritikfreie Phase zur Kommunalwahl wird es nicht geben. Unsere inhaltlichen Positionen sind derzeit gut im Regions-Wahlprogramm vertreten. Entscheidend wird sein, dass diese Positionen auch von unseren Funktionsträger\*innen sowohl im Wahlkampf als auch danach konsequent vertreten und umgesetzt werden.

Um neue Mitglieder besser zu integrieren, setzen wir uns das Ziel, ein strukturiertes Konzept für den Umgang mit Neumitgliedern zu entwickeln. Dazu gehören eine frühzeitige Kontaktaufnahme sowie verschiedene niedrigschwellige Informations- und Beteiligungsangebote. Denkbar sind beispielsweise ein Kahoot-Abend oder ein Filmabend.

### **Queere Sichtbarkeit und feministische Stärke**

Die aktuelle gesellschaftliche und politische Lage ist zunehmend von Spaltung geprägt und macht unsere Gesellschaft anfälliger für Hass und Hetze. Dieses Klima trifft insbesondere FINTA\*s und die queere Community und führt zu konkreten Benachteiligungen und Anfeindungen.

Rechte und konservative Akteure instrumentalisieren die Diskriminierung und Gefährdung von Frauen, um rassistische und xenophobe Narrative zu verbreiten und zu legitimieren. Gleichzeitig greifen sie feministische und queere Bewegungen an. Unter solchen Umständen stellen wir Jusos uns umso standhafter hinter unsere intersektionalen feministischen Wurzeln.

Dem verleihen wir unter anderem mit der alljährlichen Teilnahme an CSDs in und um Hannover Ausdruck. Anlässlich dessen und des Pride Months wollen wir in diesem Vorstandsjahr einen Fokus auf queere Jugendarbeit legen. Jugendarbeit ist besonders  
225 in diesem Feld nicht genug anerkannt, unterfinanziert und wird viel zu oft degradiert. Hinzukommend sind solche Anlaufstellen und Angebote besonders im Umland zu wenig bekannt. Um dem etwas entgegenzusetzen, wollen wir etwa auf dem CSD über queere Anlaufstellen in der Region informieren.

Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir bereits bewährte Veranstaltungen wie unsere  
230 regelmäßigen FINTA\*-Vernetzungen fortsetzen. Auch die feministischen Filmabende planen wir fortzusetzen und mit den Vernetzungen zu verbinden. Zudem planen wir, Konzepte wie „Women in Tech“ zu unterstützen, um Frauen gezielt in Schlüsselpositionen zu bringen.

Anlässlich des Frauenkampftages werden wir erneut Präsenz auf Demos in der Region  
235 Hannover zeigen. Dies wollen wir zudem mit weiteren Kampagnen, etwa Social-Media-Reihen, verknüpfen. Social Media bleibt für uns Jusos ein zentrales Instrument, um wichtige feministische Forderungen – wie die Abschaffung des § 218 StGB – sichtbar zu machen und in die Öffentlichkeit zu tragen.

### **Sozialistisch, organisiert und entschlossen!**

240 Wir wollen unsere bestehenden Bündnisse mit Gewerkschafts- und Parteijugenden sowie mit politischen Jugendorganisationen weiter pflegen und ausbauen und zugleich neue Partnerschaften aufbauen. Unser Schwerpunkt liegt dabei insbesondere auf Akteur\*innen aus dem linken Spektrum, um gemeinsam und geschlossen gegen rechtsextremistische Einflüsse vorzugehen, die unsere demokratischen Grundwerte  
245 angreifen und missachten.

Darüber hinaus ist es uns wichtig, weiterhin sichtbar auf Kundgebungen und Demonstrationen präsent zu sein, um Solidarität mit Menschen zu zeigen, deren Rechte eingeschränkt oder bedroht sind. So tragen wir dazu bei, politische Themen stärker in den Fokus zu rücken und öffentlichen Druck aufzubauen, während wir  
250 zugleich unsere Bündnisse weiter festigen. Auch in diesem Jahr wollen wir deshalb wieder am 1. Mai, am feministischen Kampftag sowie am CSD teilnehmen.

### **Mit Bus und Bahn durch die Region!**

Der Sprinti ist in der Region eine Erfolgsgeschichte. Bereits seit Ende 2023 ist die  
255 Tarifzone C nun wie geplant vollständig erschlossen und im Nahverkehrsplan für das  
laufende Jahr ist er fester Bestandteil. Der Sprinti wird kontinuierlich weiterentwickelt  
und besser mit dem bestehenden Linienbetrieb verknüpft. Damit kann das Angebot  
einen Beitrag zur Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs in der Region  
Hannover leisten. Doch trotz dessen ist die Finanzierung und damit die Fortführung  
260 dieser Errungenschaft lediglich bis Ende 2027 gesichert. Wir fordern, dass auch nach  
diesem Datum der ÖPNV in der Region keine Rückschritte macht und setzen uns  
weiterhin dafür ein, die Finanzierung auch nach 2027 stabil zu halten.

Wir setzen uns damit auseinander, welche aktuellen Entwicklungen und konkreten  
Verbesserungsmöglichkeiten es im ÖPNV in Hannover und der Region gibt. Dafür  
265 streben wir an, uns gezielt zu informieren und mit relevanten Akteur\*innen in den  
Austausch zu kommen, um fundierte Perspektiven für eine zukunftsfähige  
Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs zu gewinnen.

Ebenso wollen wir den Vorgang der Neubau- bzw. Ausbaustrecke zwischen Hannover  
und Bielefeld begleiten. Da diese Strecke teilweise nur zwei Gleise besitzt und einige  
270 dieser zweigleisigen Abschnitte sowohl vom Schienenpersonennahverkehr, dem  
Schienenpersonenfernverkehr, dem Güterverkehr als auch von der S-Bahn Hannover  
genutzt werden, trägt ein Ausbau dieser Strecke dazu bei, die Anreise in die Region  
Hannover durch Fern- und Regionalbahn angenehmer zu gestalten und den  
Güterverkehr für Unternehmen nutzbarer zu machen. Denn Güter gehören auf die  
275 Schiene! Ebenso bietet der Ausbau ein großes Potenzial, den derzeit angeschlagenen  
S-Bahn-Verkehr zu stabilisieren, der eine zentrale Rolle bei der Verbindung von Stadt  
und Umland spielt. Wir befürworten diesen Ausbau daher ausdrücklich und setzen uns  
dafür ein, dass er zügig vorangetrieben wird.

### **Jugend stärken – Zukunft gestalten**

280 Für den langfristigen Erfolg unserer Partei ist es entscheidend, junge Menschen  
frühzeitig von unseren Inhalten zu überzeugen. Dabei kommt den  
Jugendorganisationen eine besondere Rolle zu, da sie Jugendliche am besten  
erreichen und für politische Beteiligung begeistern können. Entsprechend zählen

Jugend und Soziales zu den zentralen Themen unserer Arbeit als Jusos Region  
285 Hannover.

Um gute Jugendarbeit leisten zu können, braucht es funktionierende Strukturen und  
Austausch. Eine enge Zusammenarbeit ermöglicht es, sich gegenseitig zu  
unterstützen, Erfahrungen zu teilen und gemeinsame Projekte umzusetzen. Deshalb  
setzen wir uns dafür ein, die Gründung neuer Juso-AGen aktiv zu fördern und so mehr  
290 Jugendlichen vor Ort die Möglichkeit zu geben, sich politisch einzubringen.

Darüber hinaus wollen wir uns intensiver mit konkreter Jugendarbeit in der Region  
auseinandersetzen. Geplant ist ein Austausch mit verschiedenen Einrichtungen wie  
Jugendzentren oder dem Jugendbauwagen in Wunstorf, um Einblicke in bestehende  
Angebote zu erhalten und politische Ansatzpunkte zu identifizieren. Dies wollen wir in  
295 Kooperation mit der SPD-Regionsfraktion machen, da diese schlussendlich unsere  
Ideen hierzu umsetzen müsste. Ergänzend dazu werden wir uns mit Anlässen wie dem  
Weltkindertag und dem Vorlesetag intensiver beschäftigen. Dabei wollen wir diese  
Tage inhaltlich begleiten und das Anliegen unterstützen. Ziel ist es, kinder- und  
jugendpolitische Themen stärker sichtbar zu machen und sie in unsere politische  
300 Arbeit einfließen zu lassen.

## A – Arbeit

### A03 - Investition in Ausbildung statt Billiglohn-System

Antragssteller\*innen: Jusos Linden-Limmer

Weiterleitung: Jusos Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

#### 5 **Angenommen**

Werkstudierende und Aushilfen ohne Berufserfahrung erhalten den gesetzlichen Mindestlohn. Warum sollten Auszubildende egal ob dual oder schulisch weniger verdienen? Viele Auszubildende müssen trotz voller Arbeitsleistung finanziell prekär leben, da ihre Vergütung häufig nicht ausreicht, um Miete, Lebenshaltungskosten oder Materialien zu decken.

Kleinere Betriebe stehen im ersten Lehrjahr vor besonderen Herausforderungen: Ausbilder\*innen investieren viel Zeit in die Betreuung, und die Berufsschulzeiten sind oft dichter getaktet, wodurch die betriebliche Einsatzzeit sinkt. Dies verringert die Produktivität und erhöht die Belastung für den Betrieb.

15 Ein gezieltes Förderprogramm garantiert eine existenzsichernde Vergütung für alle Auszubildenden, gewährleistet Gleichbehandlung von schulischen und dualen Ausbildungswegen, stärkt kleine Betriebe gezielt in den ersten Jahren, erhöht Motivation und Attraktivität der Ausbildung und verhindert, dass Auszubildende Nebenjobs aufnehmen müssen.

20 Gefördert werden duale KMU-Ausbildungen in Kleinbetrieben (bis 49 Beschäftigte) und Mittelbetrieben (50–249 Beschäftigte) mit einem Jahresumsatz von maximal 10 Mio. €. Schulische Ausbildungen, bei denen Ausbildungsvergütung gezahlt wird, erhalten einen Vollzuschuss, bis der Mindestlohn erreicht ist. Großbetriebe bleiben von der Förderung ausgeschlossen.

25 Die Förderung erfolgt nach einer gestaffelten Logik:

<b>Lehrjahr</b>	<b>Kleinbetriebe</b>	<b>Mittelbetriebe</b>
1. Jahr	70 % Zuschuss	60 % Zuschuss
2. Jahr	50 % Zuschuss	40 % Zuschuss

Lehrjahr	Kleinbetriebe	Mittelbetriebe
3. Jahr	30 % Zuschuss	20 % Zuschuss

Die Auszahlung erfolgt monatlich direkt an die Auszubildenden oder die Ausbildungsinstitution. Die Staffelung stellt sicher, dass kleinere Betriebe im ersten Lehrjahr stärker unterstützt werden, da hier die zeitliche Belastung der Ausbilder\*innen und die intensivere Berufsschulbetreuung besonders hoch sind.

30 Die vollständige Einführung dieses Förderprogramms würde jährlich etwa **3 Mrd. € kosten**. Davon entfallen rund **2,5 Mrd. € auf duale KMU-Ausbildungen** und ca. **0,56 Mrd. € auf schulische Ausbildungen**. Durch die gestaffelte Förderung nach Lehrjahr und Betriebsgröße werden die finanziellen Mittel effizient eingesetzt: Die größten Zuschüsse fließen in das erste Ausbildungsjahr, in dem die Belastung für  
35 kleine Betriebe am höchsten ist, während die Kosten in den Folgejahren geringer ausfallen.

Kurzfristig verursacht das Programm Ausgaben, langfristig ist es jedoch eine Investition in Fachkräfte, Motivation und soziale Gerechtigkeit. Die Maßnahme verringert Ausbildungsabbrüche, steigert die Attraktivität aller Ausbildungswege und  
40 trägt unmittelbar zur Fachkräftesicherung bei.

Ausbildung ist nicht nur Arbeit, sondern auch Qualifizierung. Sie soll junge Menschen befähigen, ihr Handwerk oder ihren Beruf zu erlernen, und darf nicht dazu dienen, sie auszubeuten oder nur billige Arbeitskraft zu generieren. Viele Auszubildende leisten volle Arbeit, erhalten aber Vergütungen, die weder ihre Lebenshaltungskosten decken  
45 noch den Sinn der Ausbildung widerspiegeln. Besonders kleine Betriebe benötigen im ersten Lehrjahr Unterstützung, um die Ausbildung qualitativ hochwertig zu gestalten und ihre Ausbilder\*innen nicht zu überlasten. Mit diesem Förderprogramm setzt die SPD ein klares Signal für faire Ausbildungsbedingungen, Chancengleichheit und eine echte Qualifizierung junger Menschen, die über reine Arbeitskraft hinausgeht.

50 Begründung:

Erfolgt mündlich.

## **A04 - Faire Feiertagsregelung für Werkstudent\*innen**

Antragssteller\*innen: Jusos Linden-Limmer

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

### 5 **Angenommen**

Werkstudent\*innen tragen erheblich zum Erfolg vieler Betriebe bei, oft unter flexiblen und teilweise prekären Arbeitsbedingungen. Feiertage, die auf mögliche Arbeitstage fallen, führen jedoch häufig zu Lohnausfällen, da Studierende nur für tatsächlich geleistete Stunden bezahlt werden. Dies ist unfair, weil die Arbeitsbereitschaft  
10 vorhanden ist und Studierende nicht für das Fehlen des Arbeitstags verantwortlich sind. Reguläre Arbeitnehmer\*innen erhalten für solche Feiertage eine Mindestvergütung. Studierende sollten hier gleichbehandelt werden.

Eine Mindestvergütung von acht Stunden an solchen Feiertagen sorgt für faire Arbeitsbedingungen, schafft Planungssicherheit sowohl für Studierende als auch für  
15 Arbeitgeber\*innen und erhöht Transparenz und Gleichbehandlung.

Wir fordern, dass alle Arbeitgeber\*innen verpflichtet werden, für gesetzliche Feiertage, die auf mögliche Arbeitstage fallen, mindestens acht Stunden zu vergüten. Dies gilt unabhängig von der individuellen Wochenarbeitsplanung oder bisherigen Einsätzen und erstreckt sich auf alle Werkstudent\*innen in allen Branchen und Arbeitsverträgen.

### 20 Begründung:

Erfolgt mündlich.

## **A05 - Planungssicherheit für Studierende und Betriebe schaffen**

Antragssteller\*innen: Jusos Linden-Limmer

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

### 5 **Angenommen**

Werkstudent\*innen stehen häufig vor einem strukturellen Problem: Sie schreiben ihre Abschlussarbeit, das Semester endet und mit dem Semesterende läuft ihr Werkstudent\*innen-Vertrag automatisch aus. Dies führt oft zu abrupten Einkommensverlusten und großer Unsicherheit bei der Jobsuche.

- 10 Ein halbes Kulanzsemester würde Studierenden ermöglichen, den Übergang in den Beruf in Ruhe zu planen, während Arbeitgeber\*innen Aufgaben geordnet übergeben können. Dies reduziert Stress auf beiden Seiten, erhöht die Attraktivität von Werkstudent\*innenstellen und erleichtert die Arbeitsmarktintegration junger Menschen. Ein geplanter Übergang stärkt somit sowohl die Rechte der Studierenden
- 15 als auch die Planbarkeit für Betriebe.

- Nach erfolgreichem Bestehen der Abschlussarbeit soll der Werkstudent\*innenvertrag automatisch, falls gewünscht, für ein halbes Semester verlängert werden. Diese Verlängerung gilt für alle Werkstudent\*innen, unabhängig von Branche oder Hochschule. Die Vertragsbedingungen bleiben unverändert, lediglich die Laufzeit wird
- 20 angepasst. Dadurch erhalten Studierende Einkommenssicherheit und Arbeitgeber\*innen Planungssicherheit.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

## **A06 - Dienst ist Dienst: Tagegeldanspruch unabhängig von der Stellenbeschreibung**

Antragssteller\*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress

### 5 **Angenommen**

Die Inflation und gestiegene Lebenshaltungskosten treffen im öffentlichen Dienst Beschäftigte in den unteren und mittleren Entgeltgruppen besonders hart. Zu dieser Gruppe gehören u. a. Fahrer\*innen, die für Ministerien, Behörden und Verwaltungen unverzichtbare Arbeit leisten, indem sie für die Beförderung zu auswärtigen Terminen zur Verfügung stehen. Es ist ein Gebot der Fairness, dass diese Beschäftigten auf dienstlich veranlassten Fahrten nicht schlechter gestellt werden als die Personen, die sie befördern.

Aktuell führt die Auslegung des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) durch die Rechtsprechung dazu, dass Fahrer\*innen bei eintägigen Fahrten oft kein Tagegeld (Verpflegungspauschale) erhalten, während die mitreisenden Beamt\*innen und Beschäftigten dieses beanspruchen können. Wir fordern daher eine gesetzliche Klarstellung.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Änderung des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) einzusetzen:

- 20 1. Änderung des § 2 BRKG (Begriffsbestimmungen): Es ist gesetzlich klarzustellen, dass auch Fahrten, die im Rahmen der ständigen Wahrnehmung von Dienstgeschäften erfolgen (typische Fahrtätigkeit), als Dienstreisen gelten, sofern sie die zeitlichen Voraussetzungen (Abwesenheit von der Wohnung und der Dienststätte) erfüllen.
- 25 2. Streichung des Ausnahmecharakters: Der Anspruch auf Tagegeld (§ 6 BRKG) darf nicht davon abhängen, ob das Reisen den Kern der Tätigkeit ausmacht oder eine Ausnahme darstellt. Der tatsächliche Verpflegungsmehraufwand entsteht unabhängig von der Arbeitsplatzbeschreibung.

### Begründung:

30 Nach § 2 Abs. 1 BRKG sind Dienstreisen Reisen zur Erledigung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststätte. Für die Gewährung von Tagegeld (§ 6 BRKG) ist eine

Abwesenheit von mehr als 8 Stunden erforderlich. In der Praxis und bestätigt durch Rechtsprechung (u.a. in Anlehnung an BVerwG, Urteil vom 11.12.2012 – 5 C 13.11) wird Fahrer\*innen der Anspruch auf Tagegeld jedoch oft verwehrt. Begründet wird dies  
35 damit, dass das Fahren und somit das Unterwegssein ihre Haupttätigkeit ist, weshalb der Fahrt der Charakter einer „unregelmäßigen“ bzw. „außergewöhnlichen“ Belastung fehle, der das Tagegeld eigentlich Rechnung tragen soll. Das Fahrzeug wird faktisch als Arbeitsplatz gewertet.

Diese juristische Spitzfindigkeit geht an der Lebensrealität vorbei und ist zutiefst  
40 unsozial.

1. Real existierende Mehrkosten: Ein\*e Fahrer\*in hat an einer Autobahnraststätte oder In der Bäckerei dieselben hohen Ausgaben wie beförderte Minister\*innen, Staatssekretär\*innen oder Mitarbeitende. Dass das Reisen zum Berufsbild gehört, macht das Brötchen unterwegs nicht billiger.
- 45 2. Soziale Schieflage: Fahrer\*innen sind meist in niedrigeren Entgeltgruppen eingruppiert. Für sie ist das Tagegeld (aktuell 14 Euro bei >8 Std.) ein relevanter Faktor, um die Kosten der Arbeit zu decken. Der Verpflegungsmehraufwand ist ein Ausgleich für faktische Mehrkosten gegenüber der Verpflegung zu Hause oder in der Kantine. Dieser Ausgleich muss allen zustehen.
- 50 3. Ungleichbehandlung: Es ist niemandem vermittelbar, warum in demselben Dienstwagen zwei Personen sitzen, beide länger als 8 Stunden unterwegs sind, aber nur die besserverdienende Person eine Pauschale für das Essen erhält.

In der Praxis wird Tagegeld für Fahrten mit Übernachtungen meist ausgezahlt. Da ein Großteil der Fahrten jedoch eintägig stattfindet, ist das Tagegeld für diese Fahrten  
55 besonders relevant. Für Fahrten unter 8 Std. werden keine Pauschalen ausgezahlt.

## **A07 - Rettet die unabhängige deutsche Kulturlandschaft! - bedingungsloses Grundeinkommen für selbstständige Kulturschaffende jetzt!**

Antragssteller\*innen: Jusos SüdOst

Weiterleitung: Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress

### 5 **Angenommen**

Für viele selbstständige Künstler\*innen ist die Anzahl der Aufträge existenziell. Darunter leiden nicht nur ihre psychische Gesundheit und ihr kreativer Output, sondern letztendlich auch die kulturelle Qualität in Deutschland.

Da diese essentiell für eine funktionierende Demokratie ist, fordern wir, dass sich die SPD auf nationaler Ebene dafür einsetzt, ein bedingungsloses Grundeinkommen für selbstständige Künstler\*innen nach dem irischen Modell einzuführen.

Dieses sieht vor, dass selbstständige Künstler\*innen und Musiker\*innen ein wöchentliches Gehalt von 325€, beziehungsweise 1300€ monatlich, erhalten sollen. In einer vorhergegangenen Pilotstudie wurde dies getestet und das Ergebnis war, dass die irische Gesellschaft für jeden investierten Euro einen Euro und 39 cent zurückerhielt. Es ist also ein Programm, welches sich selber finanziert. Teilnehmende an der Studie verdienten im Schnitt 500€ mehr im Monat durch ihre künstlerische Arbeit, verbrachten 11 Stunden die Woche mehr mit künstlerischer Arbeit und stellten 3,9 Werke mehr her als eine Kontrollgruppe ohne Grundeinkommen im gleichen Zeitabschnitt. Die Wahrscheinlichkeit, im Kunstsektor tätig zu sein, stieg um 6% und der Bezug von Arbeitslosengeld sank um 38%. In Irland werden 2000 dieser Grundeinkommen an selbstständige Kulturschaffende verlost, es bekommt also nicht Jede\*r eins und somit wird nach dem Zufallsprinzip auch eine Diversität der Erhaltenden gesichert, beziehungsweise Voreingenommenheit bei der Auswahl verhindert. Da Irland aber eine andere Einwohner\*innenzahl und eine andere Anzahl selbstständiger Kulturschaffender als Deutschland hat, wäre es hierbei sinnvoll, wenn Kommissionen die Anzahl der verlosteten Einkommen an die hiesigen Gegebenheiten anpassen. Selbstständigkeit muss beim Finanzamt gemeldet werden, wodurch das Erreichen des Angebots bei der spezifischen Zielgruppe gesichert ist.

Kunst und Kultur erhalten von der Politik aktuell immer weniger Aufmerksamkeit, während ihre Relevanz immer weiter steigt. Während die AfD gezielt Pläne schmiedet,

Kulturelle Angebote zu beeinflussen und zensieren, ist jetzt der Zeitpunkt, unabhängige Künstler\*innen und Musiker\*innen zu unterstützen und unsere Kulturlandschaft zu retten!

35 Begründung:

Erfolgt mündlich.

## **D - Digitales**

### **D01 - Hotspots für Hannover – WLAN für die Jugend**

Antragssteller\*innen: Jusos Laatzen

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirk

#### **5 Angenommen**

Die Jusos in der Region Hannover beschließen, dass die Region Hannover kostenfreie WLAN-Hotspots an öffentlichen Begegnungsorten (dritte Orte) ausbaut, um diese insbesondere für die Jugend attraktiver zu machen. Mögliche Orte sind Parks, Grünanlagen, Jugendzentren, Sportanlagen, Schwimmbäder, Uferpromenaden, Spielplätze, Cafés, Bäckereien, Restaurants, Bibliotheken, Museen, Buchläden, Bahnhöfe, Friseure oder Märkte.

Es soll hierzu ein Konzept zum Ausbau entwickelt werden, wobei bereits bestehende Angebote einbezogen und Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene geprüft werden sollen. Möglich ist auch die Umsetzung von Pilotprojekten in ausgewählten Städten und Gemeinden, um die Wirksamkeit zu beurteilen.

#### Begründung:

Der Widerspruch, dass trotz stärkerer virtueller Vernetzung durch Social Media die empfundene Einsamkeit insbesondere bei Kindern und Jugendlichen stark zugenommen hat, ist länger bekannt und rückt durch aktuelle Debatten über ein Social Media Verbot mehr in den Vordergrund. Reale soziale Interaktion bleibt vor allem für junge Menschen eine Notwendigkeit für Gesundheit und Lebensqualität. Eine digitale Vernetzung kann diese Interaktion zwar nicht ersetzen, kann sie aber fördern und bereichern. Besonders Jugendliche haben ein großes Interesse an digitalen Inhalten und ein Bedürfnis, über diese auf dem Laufenden zu bleiben.

Das Ausstatten von öffentlichen Begegnungsorten mit WLAN-Hotspots macht diese daher moderner und einladender. Statt in Isolation zu Hause am Handy zu sein, können sich Jugendliche an einem sichtbaren, sozialen und kontrollierten Raum über Inhalte austauschen und in eine realitätsnähere Perspektive setzen. Dies betrifft vor allem politische Inhalte und würde somit auch demokratische Beteiligung stärken. Von dem Angebot würden zudem besonders Jugendliche aus Familien mit weniger Einkommen durch das Sparen von mobilen Datenvolumen profitieren oder

Jugendliche, die zu Hause erschwerte Bedingungen haben und sich dort nicht gerne aufhalten.

Die Hotspots können an allen öffentlichen Orten eingerichtet werden, an denen  
35 Jugendliche gerne Zeit verbringen. Gerade in kleineren Städten und Gemeinden der  
Region Hannover besteht hier noch Nachholbedarf. Gerade in der Pandemiezeit  
wurde deutlich, wie essenziell das Zusammenkommen an solchen Orten für die  
Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe ist. Digitale Medien würden selbst mit  
Social Media Verbot weiterhin eine zentrale Rolle im Leben von Jugendlichen spielen.  
40 Anstatt sich darüber zu beschweren, dass Jugendliche „nur noch am Handy hängen“  
können so durch diese Maßnahme das Online-Verhalten positiv beeinflusst und  
Begegnungsorte an die Interessen Jugendlicher ausgerichtet werden.

## **D02 - Digitale Gewalt bekämpfen. Deepfake-Pornografie und KI-Missbrauch konsequent unterbinden**

Antragssteller\*innen: Jusos Linden-Limmer

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD

5 Bezirkskonferenz

### ***Angenommen***

Die rasante Entwicklung Künstlicher Intelligenz ermöglicht die täuschend echte Erstellung von Bild-, Video- und Audioinhalten, sogenannte Deepfakes. Besonders alarmierend ist der massive Anstieg pornografischer Deepfakes. Studien zeigen, dass  
10 der überwiegende Teil dieser Inhalte sexualisierte Darstellungen von Frauen ist, häufig ohne deren Wissen oder Einwilligung. Betroffen sind Journalist\*innen, Politiker\*innen, Aktivist\*innen, Influencer\*innen und zahlreiche Privatpersonen.

Deepfake-Pornografie stellt digitale Gewalt dar. Sie ist Ausdruck struktureller Misogynie und dient der Einschüchterung, Bloßstellung und teilweise auch politischen  
15 Abschreckung von Frauen, queeren Personen und marginalisierten Geschlechtern im öffentlichen Raum. Die bisherigen rechtlichen Instrumente, wie etwa das Kunsturhebergesetz oder allgemeine zivilrechtliche Unterlassungsansprüche, reichen für diese neue Form der digitalen Identitätsverletzung nicht aus. Verfahren sind langwierig, die Durchsetzung schwierig, und Plattformbetreiber\*innen reagieren häufig  
20 zu spät.

Dabei endet der Schutz der Menschenwürde gemäß Artikel 1 Grundgesetz nicht im digitalen Raum. Wer das Gesicht, die Stimme oder andere identitätsprägende Merkmale einer Person ohne Einwilligung in pornografischen oder sexistisch herabwürdigenden Kontexten verwendet, verletzt schwerwiegend das  
25 Persönlichkeitsrecht und schädigt die Betroffenen nachhaltig.

Deswegen die Zentrale Forderung, dass ein ausdrücklich normiertes Recht an der digitalen Persönlichkeit eingeführt wird, welches klare Strafbarkeit für nicht einwilligungsbasierte KI-Deepfake-Pornografie vorsieht. Betroffene sollen schnelle Lösch- und Unterlassungsansprüche mit effektiven Eilverfahren erhalten, während  
30 Plattformbetreiber\*innen verbindliche Reaktionsfristen einzuhalten haben. Systematische Nichtdurchsetzung soll durch hohe Bußgelder geahndet werden.

Zudem sollen KI-Anbieter\*innen verpflichtet werden, für Transparenz bezüglich der Trainingsdaten zu sorgen.

Begründung:

35 Erfolgt mündlich.

## **D03 - Mehr als Nullen und Einsen: Mit offenen Daten Vertrauen schaffen**

Antragssteller\*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover, SPD-Regionsfraktion, Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress

### 5 **Angenommen**

Eine moderne Demokratie lebt von der dauerhaften Partizipation ihrer Bürger\*innen und der Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns. Das Konzept des „Open Government“ stützt sich dabei auf die drei Säulen Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit. Während Deutschland im internationalen Vergleich bei der

10 Datenverfügbarkeit Fortschritte macht, liegen wir bei der tatsächlichen Umsetzung und Nutzung noch im unteren Mittelfeld. Um unsere Demokratie krisenfester zu machen und das Vertrauen in politische Entscheidungen zu stärken, fordern wir eine konsequente Ausweitung von Open-Government-Initiativen in den Verwaltungen aller politischen Ebenen.

15 Konkret fordern wir:

1. Bereitstellung maschinenlesbarer Daten (Open Data): Die Verwaltung muss ihre Datenbestände (z. B. Geodaten, Statistiken, Wahlergebnisse) standardisiert, anonymisiert, vollständig und maschinenlesbar zur Verfügung stellen. Es darf nicht sein, dass Daten auf verschiedenen Webseiten verstreut
- 20 liegen; wir benötigen einen zentralen Datenkatalog, in dem Datensätze einheitlich beschrieben sind.
2. Förderung einer Kultur der Offenheit: Open Government ist mehr als Technik; es ist eine politische Haltung, die Informationsasymmetrien abbauen soll. Wir fordern, dass Verwaltungshandeln standardmäßig transparent gemacht wird,
- 25 um Rechenschaft abzulegen und Verschwendung oder Missbrauch von Mitteln nachweisbar zu verhindern.
3. Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft (Civic Tech): Die Verwaltung soll aktiv Schnittstellen bereitstellen, die es Start-ups, NGOs und engagierten
- 30 Bürger\*innen ermöglichen, eigene Anwendungen zu entwickeln.

Begründung:

Die Erfahrungen aus vergangenen Krisen, wie der Corona-Pandemie, haben gezeigt, wie wichtig externe Expertise und Transparenz sind. Wenn die Entscheidungsgrundlagen der Politik – wie etwa Infektionszahlen oder Impfquoten – offenliegen, steigt die Akzeptanz für Maßnahmen und das Vertrauen in die Regierung.

35 Doch der Nutzen geht über Vertrauen hinaus: Durch die freie Verfügbarkeit von Daten können Innovationen entstehen, die die Verwaltung allein nicht leisten könnte. Private Initiativen entwickelten während der Pandemie beispielsweise Dashboards oder Apps, die schneller oder nutzerfreundlicher waren als staatliche Angebote. Dies schafft neue Dienstleistungen und Beschäftigungsfelder. Niedrigschwellige Informationsangebote  
40 ermöglichen es breiteren Bevölkerungsschichten, sich eine fundierte Meinung zu bilden und sich am Diskurs zu beteiligen. Open Data nützt auch der Behörde selbst. Einheitliche Datenstrukturen verringern den Rechercheaufwand, vermeiden doppelte Erhebungen und sparen somit Personalressourcen und Kosten.

Aktuell scheitert die effektive Nutzung oft an einem „föderalen Flickenteppich“ aus  
45 unterschiedlichen Formaten und mangelnder Standardisierung. Um Demokratie auch digital erlebbar zu machen, müssen wir diese Hürden abbauen. Open Government Data dient der Erfüllung der Rechenschaftspflicht und ist ein demokratieförderndes Element, das wir dringend ausbauen müssen.

## **DR - Demokratie & Rechtsstaat**

### **DR01 - Politik raus aus der Strafverfolgung!**

Antragssteller\*innen: Juso Unterbezirksvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

#### 5 **Angenommen**

Die Jusos Region Hannover mögen beschließen, dass das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) dahingehend zu ändern ist, dass Staatsanwaltschaften in Deutschland nicht länger weisungsgebunden gegenüber den Landes- und Bundesjustizministerien sind. Das derzeit bestehende externe Weisungsrecht der Justizminister\*innen gegenüber den Staatsanwaltschaften ist vollständig abzuschaffen.

Ziel der Reform muss eine institutionell unabhängige Staatsanwaltschaft sein, die ihre Ermittlungs- und Strafverfolgungsaufgaben frei von politischer Einflussnahme wahrnehmen kann.

#### 15 Begründung:

Derzeit besteht in Deutschland ein Weisungsrecht der Justizministerien gegenüber den Staatsanwaltschaften. Dieses ist in den §§ 141 ff. des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) normiert. Aufgrund des hierarchischen Aufbaus der Staatsanwaltschaften sind Staatsanwält\*innen verpflichtet, den dienstlichen Weisungen ihrer Vorgesetzten nachzukommen. An der Spitze dieser Hierarchie stehen die jeweiligen Landes- beziehungsweise Bundesjustizministerien. Dieses sogenannte externe Weisungsrecht ermöglicht eine politische Einflussnahme auf staatsanwaltschaftliche Entscheidungen.

Auf europäischer Ebene wurde diese Struktur bereits mehrfach kritisiert. Mit Urteil vom 27. Mai 2019 stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH) fest, dass deutsche Staatsanwaltschaften nicht als unabhängige Justizbehörden gelten können und daher nicht befugt sind, europäische Haftbefehle auszustellen. Begründet wurde dies mit der bestehenden Weisungsgebundenheit gegenüber den Justizministerien.

Darüber hinaus entschied der Europäische Gerichtshof am 24. November 2020, dass  
30 auch die deutsche Generalstaatsanwaltschaft nicht als unabhängige Justizbehörde im  
Sinne des europäischen Rechts gilt.

Im Zuge der Ampelkoalition gab es Bestrebungen, diese Problematik gesetzgeberisch  
zu lösen und die Ausstellung europäischer Haftbefehle durch deutsche  
Staatsanwaltschaften wieder zu ermöglichen. Ein entsprechender Gesetzentwurf  
35 wurde vorbereitet, jedoch aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen nicht mehr  
umgesetzt.

Zugleich wurde bereits in Fachanhörungen und juristischen Stellungnahmen deutlich,  
dass die damaligen Reformüberlegungen nicht weit genug gingen. Selbst in den  
geplanten Änderungen wäre ein Weisungsrecht der Justizministerien in  
40 Ausnahmefällen weiterhin bestehen geblieben. Eine solche Regelung würde nach  
Einschätzung vieler Expert\*innen weiterhin nicht den Anforderungen des  
Europäischen Gerichtshofs an eine unabhängige Justizbehörde entsprechen.

Für eine funktionierende Gewaltenteilung und eine glaubwürdige Strafverfolgung ist es  
jedoch notwendig, dass Staatsanwaltschaften frei von politischer Einflussnahme  
45 arbeiten können. Staatsanwälte sind hochqualifizierte Jurist\*innen, die in der Lage  
sind, ihre Aufgaben eigenständig und verantwortungsvoll wahrzunehmen. Eine  
politische Kontrollmöglichkeit über Weisungen ist daher weder notwendig noch  
zeitgemäß.

Das Weisungsrecht ist historisch gewachsen und mag in früheren  
50 staatsorganisatorischen Kontexten sinnvoll erschienen sein. In der heutigen Zeit stellt  
es jedoch ein strukturelles Problem dar und führt zu Zweifeln an der Unabhängigkeit  
der Strafverfolgungsbehörden. Zudem wird das Weisungsrecht in der Praxis nur  
äußerst selten angewendet, verursacht aber regelmäßig rechtliche und politische  
Diskussionen.

## **DR02 - Demokratie stärken – Direkte Mitbestimmung in Niedersachsen ausbauen**

Antragssteller\*innen: Juso Unterbezirksvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

### **5 Angenommen**

Die Jusos in der Region Hannover mögen beschließen, dass

1. Die Ausgestaltung der direkten Demokratie in Niedersachsen auf Landes- und kommunaler Ebene auszubauen ist.
  2. Bei Bürger\*innenbegehren, Bürger\*innenentscheiden, Volksbegehren und Volksentscheiden, die zu einer Abstimmung an der Wahlurne führen, im Vorfeld ein offizielles Abstimmungsbüchlein zu erstellen und allen Wahlberechtigten zur Verfügung zu stellen ist. Dieses soll analog zu den Abstimmungsunterlagen in der Schweiz ausgestaltet sein und mindestens enthalten:
    - den vollständigen Abstimmungstext,
    - eine verständliche Zusammenfassung des Inhalts,
    - das jeweilige Abstimmungsverhalten im Gemeinderat oder im Landtag,
    - Pro- und Contra-Positionen in ausgewogener Form. Dieses kann eine Widerspiegelung der Meinungen der Fraktionen für oder gegen ihre Haltung im Gemeinderat oder Landtag sein.
- 20 Dieses Abstimmungsbüchlein soll auch digital verfügbar sein, z.B. mit einem QR-Code.
3. Die Antrags- und Zustimmungsquoren für Volksbegehren und Volksentscheide in Niedersachsen sind zu überprüfen und abzusenken, um die praktische Anwendbarkeit direkter Demokratie zu verbessern.
  4. Bei Bürger\*innenbegehren und Volksbegehren die Möglichkeit einer digitalen Unterschrift zu schaffen ist. Diese soll analog zu den digitalen Mitzeichnungsverfahren bei Petitionen des Niedersächsischen Landtages ausgestaltet sein und eine rechtssichere Identitätsverifikation gewährleisten.

30 Begründung:

Direkte Demokratie ist eine wichtige Ergänzung zur repräsentativen Demokratie. Sie ermöglicht Bürger\*innen, sich auch unterjährig an politischen Entscheidungen zu beteiligen, ohne zwingend Mitglied einer Partei oder Organisation sein zu müssen. Damit wird demokratische Teilhabe niedragschwelliger und zugänglicher gestaltet.

35 Zugleich eröffnet sie Parteien die Möglichkeit, sich zu Sachfragen klar zu positionieren und politische Debatten transparent zu führen. Gesellschaftlich kontroverse Fragestellungen können durch eine direkte Abstimmung legitimiert und abschließend geklärt werden.

Damit direkte Demokratie verantwortungsvoll funktioniert, braucht es jedoch  
40 Transparenz und fundierte Information. Ein offizielles Abstimmungsbüchlein, das allen Wahlberechtigten zur Verfügung gestellt wird, stellt sicher, dass Entscheidungen auf einer nachvollziehbaren und informierten Grundlage getroffen werden. Das Schweizer Modell zeigt, dass eine strukturierte Information vor Abstimmungen zu einer höheren Akzeptanz der Ergebnisse beitragen kann. Es vermindert die Chance einer  
45 uninformierten Abstimmung.

Gleichzeitig sind die derzeitigen Quoren in Niedersachsen im Vergleich zu anderen demokratischen Systemen hoch angesetzt. In Staaten wie der Schweiz finden  
regelmäßiger Abstimmungen statt, unter anderem aufgrund niedrigerer Hürden. Eine Absenkung der Quoren kann dazu beitragen, direkte Demokratie praktikabler und  
50 lebendiger zu machen. Nach der Niedersächsischen Verfassung ist für das Zustandekommen eines Volksbegehrens die Unterstützung von mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten im Land erforderlich. Legt man die Landtagswahl 2022 zugrunde, bei der es insgesamt über sechs Millionen Wahlberechtigte gab, bedeutet dies, dass rund 600.000 gültige Unterschriften gesammelt werden müssten. Ein  
55 solches Quorum ist in einem Flächenland wie Niedersachsen faktisch kaum erreichbar und stellt eine erhebliche Hürde dar.

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass dort deutlich geringere Quoren gelten, teilweise weniger als die Hälfte der in Niedersachsen erforderlichen  
Unterstützungszahlen. Zwar mag ein hohes Quorum als Schutzmechanismus gegen  
60 missbräuchliche oder wenig ernsthafte Initiativen gedacht sein. De facto führt es jedoch zu einer erheblichen Sperrwirkung: Nicht nur fragwürdige Vorhaben werden

verhindert, sondern auch ernsthafte gesellschaftliche Anliegen scheitern bereits an der Einleitung eines Volksbegehrens. Damit wird direkte Demokratie faktisch eingeschränkt, noch bevor sie wirksam werden kann.

- 65 Dabei muss jedoch verhindert werden, dass weitreichende Grundsatzentscheidungen auf Grundlage knapper Mehrheiten getroffen werden. Das Beispiel des Brexit verdeutlicht, dass eine einfache Mehrheit bei historisch bedeutsamen Entscheidungen langfristige und schwer umkehrbare Folgen haben kann. Hierzu sind bereits Sicherungsmechanismen bei den notwendigen Stimmen eingebaut.
- 70 Die Einführung einer digitalen Unterschrift bei Bürger\*innen- und Volksbegehren modernisiert die direkte Demokratie und passt sie an heutige Beteiligungsrealitäten an. Bereits im Petitionsverfahren des Niedersächsischen Landtages besteht die Möglichkeit, Anliegen digital zu unterstützen. Dort wird technisch sichergestellt, dass die Identität der Mitzeichnenden verifiziert wird und Mehrfachunterzeichnungen ausgeschlossen sind. Dieses bewährte Verfahren kann als Vorbild für Bürger\*innen- und Volksbegehren dienen. Damit wird Beteiligung nicht auf das Sammeln von Unterschriften in Fußgängerzonen beschränkt, sondern auch über digitale, heute weit verbreitete Plattformen ermöglicht. Dies erleichtert die demokratische Mitwirkung und stärkt insgesamt die Reichweite direkter Demokratie
- 75
- 80 Der Ausbau direkter Demokratie führt weder zur Schwächung parlamentarischer Strukturen noch zu instabilen Mehrheitsentscheidungen. Vielmehr soll er die demokratische Kultur stärken, Beteiligung fördern und politische Legitimation vertiefen.

## **DR03 - Kommunalpolitik in Schulen sichtbar machen – Demokratiebildung praxisnah stärken**

Antragssteller\*in: Jusos Lehrte

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, Juso-

5 Landeskonferenz, Landtagsfraktion SPD Niedersachsen

### ***Angenommen***

Demokratie lebt von Mitbestimmung, Transparenz und Teilhabe. Damit junge Menschen zu aktiven und mündigen Bürger\*innen heranwachsen bedarf es der Sichtbarmachung der Kommunalpolitik. Zudem muss diese verständlich und praktisch  
10 erfahrbar sein. Jedoch liegt der Schwerpunkt in der schulischen Bildung häufig in der Bundes- und Landespolitik, während die konkrete und erlebbare Politik vor Ort in den Städten, den Gemeinden und den Stadtteilen kaum im Unterricht behandelt wird. Dabei sind es doch gerade die Kommunalen Entscheidungen vor Ort, die das direkte unmittelbare Umfeld junger Menschen prägen: von Schulbau, Verkehrsplanungen und  
15 Freizeitangeboten wie z.B das Schwimmbad bis hin zu Jugendzentren, Kultur- und Sportförderung. Um sichtbar demokratische Handeln zu fördern und politische Teilhabe zu stärken, muss für Schüler\*innen direkt erfahrbar werden wie Kommunalpolitik funktioniert und welche Möglichkeiten zur Mitgestaltung sie haben. „Wer sich nicht um die Angelegenheiten des Staates kümmert, ist wie ein Unmündiger  
20 im eigenen Haus“ . Dieses Prinzip muss auch unbedingt verstärkt für die kommunale Ebene gelten. Schüler\*innen müssen lernen das ihre Beteiligung in der Kommune, vor Ort, zählt und auch Verantwortung für das eigene Umfeld bedeutet. Wir fordern die Region Hannover und das Land Niedersachsen auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- 25 1. Demokratiebildung in Schulen stärken Förderung und Ausbau von Projekten, die Schüler\*innen aktiv in politische Prozesse einbeziehen.
2. Integration von Demokratiebildungsmaßnahmen, die über abstrakte Theorie hinausgehen und praktische Erfahrungen mit kommunaler Entscheidungsfindung ermöglichen, z. B. durch Projekte wie “Pimp Your Town!”  
30 von Politik zum Anfassen
3. Kommunalpolitik fest im Unterricht verankern Unterrichtseinheiten zur Kommunalpolitik verpflichtend einführen, neben Bundes- und Landespolitik.

4. Schüler\*innen sollen verstehen, wie kommunale Gremien funktionieren, welche Aufgaben sie haben und wie Entscheidungen getroffen werden.
- 35 5. Praxisnahe Erfahrungen ermöglichen Besuche in Rathäusern, Stadträten, Bürgerämtern und bei lokalen Initiativen.
6. Schüler\*innen sollen eigene Projekte im kommunalen Kontext umsetzen können (z. B. Beteiligung an Jugendparlamenten, Projekten zu Stadtentwicklung, Umwelt oder Kultur).
- 40 7. Möglichkeiten der Mitgestaltung sichtbar machen Schulen sollen über konkrete Beteiligungswege in der Kommune informieren, z. B. Jugendparlamente, Bürgerbeteiligungen, Ausschüsse oder Ehrenamt.

Die Stärkung der Kommunalen Demokratie ist entscheidend, um früh politische Mündigkeit und Verantwortungsbewusstsein zu erlernen und zu fördern. Junge  
45 Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihre kommunalen Räume selbst zu gestalten, mitzuwirken und die Wirkung ihrer Beteiligung zu erleben. Durch praktische Erfahrungen lernen sie nicht nur, wie Politik funktioniert, sondern entwickeln gleichzeitig Verantwortung, kritisches Denken und Engagement für ihre Gemeinde. Demokratie ist nicht abstrakt – sie beginnt vor Ort. Wenn Schüler\*innen die Möglichkeit  
50 erhalten, Kommunalpolitik praktisch zu erfahren, werden sie zu aktiven Bürger\*innen, die ihre Interessen einbringen und die Gesellschaft mitgestalten.

Begründung:

Erfolgt mündlich

## **DR04 - Solidarität mit den Iraner\*innen und der Frau – Leben – Freiheit Bewegung, für ein demokratischen Iran!**

Antragsteller\*innen: Jusos Nordstadt

Weiterleitung: Jusos Region Hannover, Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress

### **5 Angenommen**

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos beschließt:

Als Jusos solidarisieren wir uns mit der iranischen Bevölkerung und der Frau - Leben - Freiheit Bewegung, welche so mutig gegen das theokratische Mullah-Regime kämpfen. Wir setzen uns für eine echte Demokratie nach Jahrzehnten der  
10 Unterdrückung ein. Die islamische Diktatur herrscht seit dem 1. April 1979. Bald sind es 47 Jahre, in denen die schiitischen Geistlichen in der gesamten Region für Chaos sorgen und statt der eigenen Bevölkerung ausreichend zum Leben zu geben, sich selbst bereichern und Kriege und Milizen finanzieren. Am 28. Dezember 2025 kam es, nach den letzten landesweiten Protesten, ausgelöst durch den Tod von Jina  
15 Mahsa Amini im Jahr 2022, zu einer Protestwelle aufgrund der Wirtschaftskrise in Iran. Die Art und Weise, in der das Regime im Januar die Proteste mit ihren ausländischen Milizen und Militärwaffen blutig beendete, schockierte die ganze Welt. In nur wenigen Tagen wurden mehr als 40.000 Protestierende vom Regime  
20 umgebracht und die Angehörigen mussten zum Abholen der Leichen ihrer Familienmitglieder horrenden Summen zahlen. Dies zeigt erneut, zu welchem Mittel das Regime greift, um die eigene Bevölkerung abzuschrecken und sich an ihre Macht zu klammern. Unter den Hinrichtungen, Folter und Vergewaltigung leiden die Iraner\*innen seit jeher.

Nun einige Monate später kam es nach vielen Forderungen der Iraner\*innen um  
25 externe Hilfe zu einem erneuten Angriff von USA und Israel. Einerseits lehnen wir als Jusos diese nicht durch den UN-Sicherheitsrat legitimierte Militärintervention ab, da sie primär auf wirtschaftlichen oder hegemonialen Interessen fußt. Andererseits sehen wir jedoch einen Bedarf, den UN-

Sicherheitsrat dahingehend handlungsfähiger zu machen und das Völkerrecht zum  
30 Schutz von Menschen in einem Terrorstaat anzupassen. Denn die vielen Massenproteste in Iran, aus den letzten Jahrzehnten, haben es bisher nie geschafft, zu einem Regime-Change zu führen. Zwar haben sich Beginn des Angriffskriegs und

dem Tod von Diktator Ajatollah Khamenei sich die viele (Exil) Iraner\*innen gefreut, je länger der Krieg andauert, umso unklarer wird das Ziel der USA. Auf den US Präsident  
35 Donald Trump, der im eigenen Land für den Abbau demokratischer Strukturen bekannt ist, sollte somit nicht zu viel Hoffnung gesetzt werden.

Ein Regimewechsel im Iran muss durch die demokratischen Kräfte der iranischen Bevölkerung selbst legitim herbeigeführt werden, doch die internationale  
40 Gemeinschaft und die deutsche Außenpolitik müssen diesen Prozess durch entschiedene Solidarität, Sanktionen gegen den Unterdrückungsapparat und Schutz für Geflüchtete unterstützen. Zu dem muss für die Sicherheit der Exil Iraner\*innen auch hier in Deutschland gesorgt werden.

Daher fordern wir:

1. Die Bundesregierung und die EU müssen die Proteste als legitime Revolte einer  
45 unterdrückten Bevölkerung anerkennen und ihre volle Solidarität ausdrücken.
2. Sanktionen gegen den Unterdrückungsapparat in Form der Revolutionsgarde (Sepâh), Basidsch-Milizen, Geheimdienst (VEVAK) und Sittenpolizei (Gašt-e eršād)
3. Sofortige Beendigung jeglicher Zusammenarbeit zwischen deutschen und  
50 europäischen Firmen mit dem iranischen Regime oder regime-nahen Institutionen.
4. Offene und sichere Fluchtrouten, erleichterte Visum-Bestimmungen und schnelle Asylbearbeitung für iranische Flüchtlinge, insbesondere aus der Gruppe der FINTA, Queere und Regime-Kritiker\*innen.
- 55 5. Abschiebungen in den Iran müssen dauerhaft unterbunden werden, nicht nur temporär.
6. Schutz für Exil-Iraner\*innen, durch erhöhte Schutzmaßnahmen gegen den iranischen Geheimdienst und pro-Regime-Anhänger\*innen in Deutschland.
7. Finanzierung von Internetzugang und freier Information: Staatliche  
60 Unterstützung für Tools wie Snowflake und Proxy-Server, um Iranern Zugang zu freiem Internet zu geben.
8. Sanktionierung und Verbot von deutschen Unternehmen mit Regime-Verbindungen, die Datacenter oder Tech-Infrastruktur für das iranische Regime bereitstellen

65 Begründung:

Erfolgt mündlich.

## **DR06 - Demokratiebildung für Jugendliche stärken – Demokratietage an Schulen einbauen und ausbauen**

Antragssteller\*innen: Jusos SüdWest

Weiterleitung: Juso Unterbezirkskonferenz Hannover, Juso-Landeskonferenz, SPD-

5 Landtagsfraktion Niedersachsen, Arbeitsgemeinschaft für Bildung Hannover (AfB Region Hannover)

### **Angenommen**

Die Jusos in der Region Hannover beschließen, dass Demokratietage an allen  
10 allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen während Projekttagen oder Projektwochen eingeführt und ausgebaut werden. Als möglicher Rahmen für die Umsetzung könnte die Gestaltung der Demokratietage beispielsweise wie folgt aussehen:

- Im 5. Jahrgang könnte eine intensive Befassung mit Resilienz und Hass im Netz  
15 im Hinblick auf politische Hassnachrichten erfolgen. Thematisiert werden könnten populistische Inhalte, undemokratische Inhalte sowie Falschmeldungen aus dem politischen Spektrum, um frühzeitig ein Bewusstsein für manipulative Strategien zu schaffen.
- Im 6. Jahrgang könnte der explizite Fokus auf Fake News von politischen  
20 Akteuren und deren Inhalten gelegt werden. Zudem könnte ein gezieltes Training zur Quellenüberprüfung stattfinden, um extremistische und rechtspopulistische Inhalte zu erkennen und Desinformation kritisch einzuordnen.
- Workshops zu demokratischen Entscheidungsprozessen auf kommunaler,  
25 Landes- und Bundesebene ab dem 7. Jahrgang (z.B. wie Entscheidungen im Bundestag getroffen werden).
- Durchführung von Debatten, Abstimmungen und Rollenspielen ab dem 8.  
30 Jahrgang, insbesondere mit Blick auf näher rückende Wahljahre, um politische Prozesse praxisnah zu erleben und eigene Positionierungen zu entwickeln (z.B. Bundestagsdebatten und/oder die Arbeit von Bundestagsfraktionen anhand einer Debatte nachstellen, um unterschiedliche politische Positionen zu veranschaulichen).

- Die Workshops zu praxisorientierten Ansätzen könnten beispielsweise folgende Themen umfassen: Kritischer Umgang mit sozialen Medien im Hinblick auf Hass im Netz, propagandierende und undemokratische Inhalte sowie populistische Strategien und Fake News.

#### Begründung:

Demokratietage müssen altersgerecht aufgebaut sein. Bereits im 5. und 6. Jahrgang ist es notwendig, Resilienz gegenüber politischer Desinformation aufzubauen und gezielt über Hass im Netz, populistische Strategien und Fake News aufzuklären. Ohne einen stärkeren Fokus der Schule im Bereich Demokratiebildung werden Jugendliche schnell zu Opfern von Fake News und Populismus im Netz. Gerade rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure nutzen Social Media gezielt, um junge Menschen mit vereinfachten und manipulativen Botschaften zu erreichen und betreiben dort aktiv Kampagnenarbeit, die gezielt auf junge Zielgruppen ausgerichtet ist.

Dadurch steigt die Resilienz und digitale Urteilsfähigkeit vieler Jugendlicher bereits frühzeitig. Demokratietage mit praxisorientierten Ansätzen, Workshops und einer kritischen Auseinandersetzung mit sozialen Medien zeigen, dass Schülerinnen und Schüler in Zukunft Manipulationen und Fake News erkennen, Propaganda verstehen und Quellen zu populistischen Aussagen prüfen können, um herauszufinden, ob es sich um falsche Informationen handelt, die Angst verbreiten sollen.

Die Förderung von Diskussionen und Debatten zu aktuellen Themen auf Bundesebene trägt dazu bei, dass man seine eigenen Ansichten klar und sachlich darlegt, gleichzeitig aber auch andere Perspektiven berücksichtigt. Dadurch vermeidet man, ideologische Meinungen stur beizubehalten, und stärkt die Fähigkeit zur Selbstreflexion. Debatten fördern zudem die Kompromissbereitschaft, schärfen das Verständnis für demokratische Prozesse und schulen die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte differenziert zu betrachten. Sie verhindern, dass Gespräche in endlose Konflikte ausarten, und fördern gegenseitiges Verständnis. Dies hat im 8. Jahrgang seine Vorteile da man schon in den Wahlalter näher rückt und es dadurch enorm wichtig ist solche Fähigkeiten zu besitzen.

Dies wird durch mehrere Studien gestützt, unter anderem durch Forschungen an der Philipps-Universität Marburg und der Universität Potsdam. Durch Debatten lernen die

Schülerinnen und Schüler, gut zuzuhören, die Perspektiven anderer zu verstehen und  
65 die eigenen Ansichten zu reflektieren, um Klarheit zu gewinnen.

Eine Studie der Universität Potsdam hat festgestellt, dass rechtsextreme und  
rechtspopulistische Akteure auf Social Media besonders präsent sind und dort mit stark  
vereinfachten, populistisch zugespitzten Videoinhalten hohe Reichweiten erzielen.  
Gerade die Einfachheit und emotionale Zuspitzung dieser Inhalte führt dazu, dass viele  
70 Jugendliche erreicht werden und dadurch anfälliger für manipulative Narrative werden.  
Diese Erkenntnisse unterstreichen die Notwendigkeit, Workshops und gezielte  
Bildungsangebote durchzuführen, um junge Menschen frühzeitig zu sensibilisieren  
und ihre digitale Urteilsfähigkeit nachhaltig zu stärken.

Dieses Konzept praxisorientierter Ansätze wird bereits in vielen Ländern angewendet,  
75 beispielsweise in Kanada, wo Schulen regelmäßig Mock Elections simulieren. Dadurch  
entwickeln die Schülerinnen und Schüler ein konkretes Verständnis für Wahlprozesse  
und lernen die Bedeutung sowie Wirkung ihrer Meinung kennen, was zu höherem  
politischen Engagement beitragen kann. In Großbritannien und Finnland liegt der  
Schwerpunkt stark auf dem Umgang mit Desinformation und Fake News, was zu  
80 bedeutenden Ergebnissen für die Schülerinnen und Schüler führt: Sie werden  
resilienter gegenüber manipulativen Inhalten und sind fähig, populistische Strategien  
und Aktionen zu erkennen.

## **G - Gesundheit**

### **G01 - Gesundheit ist keine Ware – Die Transformation des KRH als Chance für eine demokratische und dezentrale Gesundheitsversorgung nutzen!**

Antragssteller\*innen: Jusos NordOst

5 Weiterleitung: SPD-Regionsfraktion

#### **Angenommen**

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Die Jusos Region Hannover bekennen sich zur Notwendigkeit der Medizinstrategie 2030, um das Klinikum Region Hannover (KRH) dauerhaft in öffentlicher Hand zu sichern. Wir lehnen jedoch jede Reform ab, die zu einem Rückzug aus der Fläche führt. Wir fordern die SPD-Regionsfraktion und die Vertreter\*innen im Aufsichtsrat des KRH auf, folgende Bedingungen zur "Roten Linie" der Transformation zu machen:

1. Garantie für Integrierte Gesundheitszentren (IGZ) in öffentlicher Hand:  
An jedem KRH-Standort, an dem stationäre Betten abgebaut werden, muss  
15 zeitgleich und verbindlich ein Integriertes Gesundheitszentrum (IGZ) in  
Trägerschaft des KRH entstehen. Diese IGZ müssen eine 24/7-  
Notfallanlaufstelle, kurzstationäre Betten und kassenärztliche Facharztpraxen  
umfassen. Eine Auslagerung dieser Strukturen an private Investoren oder MVZ-  
Ketten lehnen wir strikt ab. Dies sichert die Daseinsvorsorge.
- 20 2. Einrichtung eines „Transformationsrates“ mit Vetorecht: Die Fehler der  
Vergangenheit, wie das Outsourcing von Servicebereichen, dürfen sich nicht  
wiederholen. Wir fordern die Einrichtung eines Transformationsrates am KRH,  
in dem Beschäftigte aller Ebenen (Pflege, Ärzt\*innen, Reinigung, Service)  
vertreten sind. Dieser Rat erhält ein Vetorecht bei Maßnahmen, die  
25 nachweislich zu einer Verdichtung der Arbeitszeit führen, um den Forderungen  
nach „weniger Stress“ gerecht zu werden.
3. Feministische Personalpolitik und Kampf gegen den Matilda-Effekt: In  
Anlehnung zur Frauenquote in der Medizin und den aktuellen Beschluss B05  
(2025) zum Matilda-Effekt, fordert das KRH eine gezielte Förderung von Frauen  
30 in Chefärzt\*innenpositionen. Ziel ist eine Parität auf Führungsebene bis 2030.

Auswahlverfahren müssen anonymisiert oder durch paritätische Kommissionen erfolgen, um strukturelle Benachteiligung auszuschließen.

- 35 4. KRH als Ausbildungs-Leuchtturm: Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, muss das KRH seine Ausbildungskapazitäten massiv ausweiten. Wir fordern eine Übernahmegarantie für alle Auszubildenden und die Schaffung von werksgebundenem, bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende auf den Klinikgeländen oder in unmittelbarer Nähe (angelehnt zur Forderung nach bezahlbarem Wohnen 2025). Ebenfalls soll vorhandener Wohnraum für Auszubildende falls notwendig modernisiert werden.

40 Begründung:

Die Debatte um das Klinikum Region Hannover (KRH) ist der Elefant im Raum der hannoverschen Kommunalpolitik. Die „Medizinstrategie 2030“ sieht eine Konzentration von Leistungen vor, was die Schließung oder massive Umwandlung kleinerer Standorte bedeutet. Unserer Meinung nach ist das nicht vertretbar: Einerseits gilt der  
45 Beschluss zum Erhalt der kommunalen Trägerschaft als unantastbar. Andererseits erzwingen Fachkräftemangel und die Ökonomisierung durch Fallpauschalen (DRGs) Reformen, um das KRH nicht in die Insolvenz zu treiben. Ein reines „Nein“ zu Veränderungen würde das KRH aber langfristig gefährden.

Das KRH ist der Anker der Gesundheitsversorgung in der Region. Wer das KRH  
50 schützen will, muss es verändern, darf es aber nicht dem Markt überlassen. Die Umwandlung kleiner Häuser in IGZs ist keine Schließung, sondern eine Modernisierung, sofern sie öffentlich bleiben. Private Anbieter picken sich nur die lukrativen Fälle heraus („Rosinenpickerei“); das KRH muss als Vollversorger gestärkt werden. Durch die Einbindung der Beschäftigten und eine feministische Personalpolitik  
55 wird das KRH zudem zum attraktivsten Arbeitgeber der Region.

## **G02 - Am Puls der Zeit: Smarte Ersthilfe und datenbasierte Qualität**

Antragssteller\*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: SPD-Regionsfraktion

### ***Angenommen***

5 Die medizinische Notfallversorgung ist ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Während der professionelle Rettungsdienst in der Stadt Hannover oft schnell vor Ort ist, zeigt sich in der gesamten Region und insbesondere in ländlicheren Gebieten, dass das sogenannte „therapiefreie Intervall“ – die Zeit vom Notruf bis zum Eintreffen professioneller Hilfe – oft kritisch lang ist. Bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand sinkt  
10 die Überlebenschance pro Minute um 10 %, und bereits nach 3 bis 5 Minuten treten irreversible Gehirnschäden auf. Um die Überlebensraten in der Region Hannover signifikant zu steigern, fordern wir von der SPD-Regionsfraktion, dass die Region Hannover folgende Maßnahmen umsetzt:

1. Sofortige Einführung und Bewerbung einer „First Responder“-App (z. B. Katretter/Mobile Retter): Die Region Hannover muss die Implementierung eines App-basierten Ersthelfer-Systems umsetzen und bewerben. Obwohl entsprechende Beschlüsse teils seit Jahren vorliegen, stockt die Umsetzung in der Praxis. Eine solche App alarmiert qualifizierte Ersthelfende (z. B. Pflegekräfte, Ärzt\*innen, Feuerwehrleute) in der direkten Umgebung via GPS,  
15 noch bevor der Rettungswagen eintrifft. Dies kann das therapiefreie Intervall entscheidend verkürzen und die Überlebenschancen um bis zu 50 % erhöhen. Die Region muss die technische Infrastruktur für das Ersthelfer-System ausschreiben und die Schnittstellen zur Regionsleitstelle finanzieren und technisch realisieren. Die Kosten für die App-Lizenzen müssen getragen  
20 werden.

2. Verpflichtende Teilnahme am Deutschen Reanimationsregister (GRR): Der Rettungsdienst der Region Hannover soll flächendeckend am Deutschen Reanimationsregister teilnehmen. Nur was gemessen wird, kann verbessert werden. Das Register liefert mit über 487.000 Datensätzen die notwendige  
30 Basis für Qualitätssicherung und Benchmarking. Durch die Teilnahme erhalten Verantwortliche Zugriff auf detaillierte Auswertungen zur Prozessqualität (z. B. Telefonreanimation durch die Leitstelle) und können die Versorgung in

35 Hannover im Vergleich zu anderen Kommunen objektiv bewerten und optimieren. Die Region soll die Rückmeldungen aus dem Register für die Bedarfsplanung und Prozessoptimierung nutzen.

3. Systematische Reanimations-Bildungsoffensive: In Kooperation mit Schulen, Vereinen und Hilfsorganisationen etabliert die Region Hannover ein Programm zur Breitenschulung der Bevölkerung. Bei Erste-Hilfe-Kursen sollen auch weibliche Reanimationspuppen verwendet werden. Standards sollen  
40 systematisch vermittelt werden, um die Laienreanimationsquote in der Region Hannover nachhaltig zu erhöhen. Ein erfolgreiches Beispiel hierfür ist die MHH Projektgruppe First Aid For All.

Begründung:

Die Kombination aus technischer Innovation (App) und Qualitätssicherung (Register)  
45 wird vom European Resuscitation Council (ERC) empfohlen und ist in Vorreiter-Regionen wie Freiburg oder Teilen von NRW bereits Standard. Daten des SWR-Projekts „Notfallrettung“ zeigen, dass allein in Deutschland jährlich ca. 10.000 Menschen sterben, weil sie sich zum Zeitpunkt des Herzstillstands am „falschen Ort“ befanden, an dem die Rettungskette nicht optimal griff. Während das Register hilft,  
50 systemische Schwachstellen in der Rettungskette (Prälinik und Klinik) aufzudecken, schließt die App die kritische Lücke der ersten Minuten. Ein gut ausgebautes System aus Ersthelfenden entlastet den regulären Rettungsdienst nicht, ergänzt ihn aber dort, wo Sekunden über Leben und Tod entscheiden. Die Region Hannover muss hier ihrer Verantwortung gerecht werden und darf den Start dieser lebensrettenden  
55 Systeme nicht länger durch bürokratische Hürden verzögern.

## **G03 - Lläuft bei uns: Die Sport-Ampel am Maschsee**

Antragssteller\*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

### ***Angenommen***

- 5 Hannover ist eine Sportstadt und der Maschsee Hannovers unbestrittene Laufstrecke Nummer eins. Täglich nutzen hunderte Freizeit- und Leistungssportler\*innen die Wege rund um den See, häufig finden dort auch Laufveranstaltungen statt. Doch an der stark frequentierten Kreuzung am Nordufer (Arthur-Menge-Ufer/Culemannstraße/Kurt-Schwitters-Platz) kommt die Bewegung oft zum Erliegen.
- 10 Nach dem Umbau der Culemannstraße werden voraussichtlich zunehmend Sportler\*innen nicht nur um den Maschsee, sondern auch im verkehrsberuhigten Maschpark laufen. Mit der Austragung der Finals findet im Juli 2026 u. a. im Bereich des Maschsees ein sportliches Großereignis statt. Dies bietet die Gelegenheit, hier ein langfristig sichtbares Zeichen für den Sport zu setzen.
- 15 Wir fordern, am Nordufer des Maschsees (Arthur-Menge-Ufer/Culemannstraße/ Kurt-Schwitters-Platz) folgende Maßnahmen umzusetzen:
1. Einführung eines Lläufer\*innen-Ampelsymbols: Die Scheiben der Fußgänger\*innenampel sollen statt der statischen Standard-Person eine Figur in Laufbewegung zeigen. Dies unterstreicht den Charakter des Ortes als Tor zum Sportpark Hannover.
  2. Installation eines Sekundenzählers als Countdown-Timer: Die Ampelanlage soll mit einem visuellen Countdown ausgestattet werden, der anzeigt, wie viele Sekunden es noch dauert, bis die Ampel auf Grün schaltet.

### Begründung:

- 25 In ganz Deutschland nutzen Städte individuelle Ampelsymbole, um lokale Besonderheiten und Identität zu stärken. Beispiele reichen vom Mainzelmännchen in Mainz über Otto Waalkes in Emden bis hin zu den jüngst eingeweihten Ernie & Bert-Ampeln in Hamburg. Auch Hannover setzt mit den gleichgeschlechtlichen Ampelpärchen bereits ein Zeichen für Vielfalt.

30 Der Maschsee und der angrenzende Sportpark sind das Herz des Hannoverschen Sports. Hier befinden sich das Stadion, das Sportleistungszentrum, das Stadionbad, die Mehrkampfanlage und viele Flächen für Fußball, Tennis, Kanuverleih etc.

Der geforderte Sekundenzähler hat einen sportphysiologischen Nutzen:

Leistungssportler\*innen und ambitionierte Läufer\*innen können ihr Training  
35 anpassen. Wer sieht, dass es noch 40 Sekunden Rot sind, kann die Zeit für Dehnübungen nutzen oder eine kleine Runde traben, um den Puls zu halten, statt abrupt abzustoppen. Wenn absehbar ist, dass in wenigen Sekunden Grünphase ist, sinkt die Hemmschwelle, bei Rot über die Straße zu laufen. Dies erhöht die Sicherheit an dieser hochfrequentierten Kreuzung. Die Austragung der Finals ist der  
40 ideale Zeitpunkt, um diese verhältnismäßig kostengünstige Maßnahme ohne großen Mehraufwand umzusetzen.

## **G04 - Das Recht auf Vergessenwerden nach einer Krebserkrankung**

Antragssteller\*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress

### ***Angenommen***

- 5 Wir als Jusos fordern die Einführung des „Rechtes auf Vergessenwerden“ nach einer Krebserkrankung in Deutschland.

Menschen, die nach einer Krebserkrankung gesunden, werden in Deutschland finanziell und sozial benachteiligt, obwohl sie mindestens 5 Jahre krebsfrei sind, ohne Hinweis auf ein Rezidiv und entsprechend medizinisch als gesund angesehen  
10 werden. Betroffene erfahren Diskriminierung bei Versicherungen, Krediten, Verbeamtung und Adoption. Laut einer Umfrage des Survivor Deutschland e.V. von 2024 gaben 77% der Befragten an, mindestens eine Form der genannten Diskriminierungen durch eine Krebsdiagnose im Kindes- oder Jugendalter erfahren zu haben. Selbst Jahrzehnte nach ihrer Erkrankung werden Betroffene benachteiligt.

15 Besonders erschreckend ist hierbei die Diskriminierung im Adoptionsverfahren hervorzuheben. Viele Krebstherapien können unfruchtbar bzw. zeugungsunfähig machen. Zwar gibt es auch Maßnahmen, diese zu schützen, doch dies ist beispielsweise je nach Erkrankungsalter oder aufgrund von Zeitdruck bei akuter Lebensgefahr nicht immer möglich. Überlebende werden zwar nicht grundsätzlich  
20 von einer Adoption ausgeschlossen, jedoch wird, abhängig von Bundesland und Adoptionsvermittlungsstelle, ein unterschiedlich umfangreiches Gesundheitszeugnis gefordert, weshalb junge Erwachsene nach einer überstandenen Krebserkrankung häufig nicht zur Adoption zugelassen werden.

Dabei gibt es in anderen EU-Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, Spanien und  
25 Belgien, in denen es bereits gesetzliche Regelungen zum „Recht auf Vergessenwerden“ gibt, welche Betroffene nach einer Heilungsbewährungszeit von meist 5 Jahren schützt. Dieser Schutz fehlt in Deutschland völlig- hier verlieren Betroffene nach Ablauf der Heilungsbewährungszeit ihren Behindertenstatus und die damit einhergehenden Vorteile, während sie finanziell und sozial benachteiligt  
30 werden und das, obwohl das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Diskriminierung verbietet.

Analog zur Petition „Recht auf Vergessen“ fordern wir:

- 35 - Ein umfassendes Gesetz zur Umsetzung des „Rechts auf Vergessenwerdens“ für Überlebende einer Krebserkrankung in Deutschland nach einer Heilungsbewährung von 5 Jahren.
- § 1 des AGG wird dahingehend erweitert, dass auch Benachteiligungen aufgrund einer in der Vergangenheit liegenden Krebserkrankungen umfasst sind.
- 40 - Konkretisierung des AGG hinsichtlich einer verpflichtenden Offenlegung der Risikobewertungen von Versicherungsunternehmen sowie der zugrunde liegenden Bewertungsmaßstäbe. Diese sollen insbesondere auf den in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Krebsregisterdaten basieren. Dabei ist auf eine valide, vollständige und aussagekräftige Datengrundlage hinzuwirken sowie eine barrierefreie Vernetzung mit weiteren relevanten
- 45 Datenquellen, etwa den Daten der gesetzlichen Krankenkassen, sicherzustellen.
- Die Beendigung der Diskriminierung Krebsüberlebender im Adoptionsverfahren.

Begründung:

50 Erfolgt mündlich.

## **K - Kommunales**

### **K02 - Maßnahmen zur Verbesserung der Fernwärmeakzeptanz in der Region Hannover**

Antragssteller\*innen: Jusos MOZ

5 Weiterleitung:

#### ***Angenommen***

Die SPD-Fraktion des Stadtrates und der Regionalversammlung möge sich für die Umsetzung folgender Forderungen einsetzen:

- Verbesserte digitale Kostentransparenz der Fernwärmepreisentstehung
- 10 • Ermöglichung eines Wettbewerbs (Dritteinspeiserecht durch Industrie oder Genossenschaften)
- Einführung eines Sozialtarifs für einkommensschwache Haushalte, die auf Fernwärme angewiesen sind. Auch weitere Möglichkeiten einer sozial verträglichen Kostensenkung für Haushalte sollten erarbeitet werden

15 Begründung

Der Ausbau der Fernwärme schreitet voran und zunehmend mehr Haushalte werden an das Netz angeschlossen. Für die meisten Verbraucher bedeutet dies ein Wechsel von der Gas- zur Fernwärmeversorgung. Allerdings darf dieser Prozess nicht mit höheren Kosten für die Verbraucher\*innen verbunden sein.

- 20 Zum einen wäre eine weitere finanzielle Belastung für die Akzeptanz der Fernwärmeversorgung ein fatales Zeichen. Zum anderen wurden bzw. werden Haushalte seit Jahren durch steigende Lebenshaltungskosten belastet. Als SPD müssen wir uns einsetzen, dass Menschen entlastet werden, insbesondere bei wiederkehrenden Kosten, ausgelöst durch öffentliche Versorger.
- 25 Hierbei fordern wir zudem möglichst hohe Transparenz bei der Preisentstehung und die Möglichkeit, dass weitere Akteure Wärme in das Fernwärmenetz einspeisen können.

### **K03 - Ausweitung der Sitz- und Liegemöglichkeiten am Mittellandkanal**

Antragssteller\*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

#### ***Angenommen***

5 In den Jahren 2021 und 2022 wurden diverse Bänke auf der Nordseite des  
Mittellandkanals durch Vandalismus beschädigt und daraufhin abgebaut. Da die  
Beschädigung mittlerweile mehrere Jahre her ist, fehlen die Bänke. Wir fordern daher,  
dass entsprechende Bänke wieder aufgestellt werden und zusätzlich geprüft wird, ob  
es möglich ist, weitere Bänke oder andere Sitzmöglichkeiten aufzustellen und so den  
10 Mittellandkanal gut als Naherholungsgebiet in der Stadt nutzen zu können

Konkret wurden beispielsweise zwei Bänke auf Höhe der Brücke Hebbelstraße und  
Ada-Lessing-Straße/Spannhagenstraße auf der Nordseite des Kanals beschädigt und  
abgebaut, sodass an dieser Stelle nur noch zwei Bänke auf knapp einem Kilometer  
Fußweg befinden. Weiterhin sind weitere Aufstellungsmöglichkeiten für Bänke auf der  
15 Nordseite zwischen der Brücke Lister Damm und Klingerstraße/Eulenkamp denkbar  
und vermutlich werden die beiden Bänke nicht die einzigen sein, die einer Erneuerung  
oder Wiederaufstellung bedürfen.

Ebenfalls fordern wir eine Prüfung, ob zusätzliche Liegeflächen (wie sie zum Teil am  
Kanal schon in Form von Liegewiesen und freien Flächen bestehen) geschaffen  
20 werden können oder auch Flächen, die bei gutem Wetter schon länger derartig genutzt  
werden, entsprechend freigehalten werden können. Dazu zählen z.B. Teile der  
Uferschrägen direkt am Kanal auf beiden Seiten zwischen den Brücken  
Tannenbergallee und Schierholzstraße. Hierbei sollte zwingend beachtet werden, dass  
dafür nicht in die Uferschutzzone eingegriffen wird. Ebenfalls sollen dafür keine Bäume  
25 gefällt werden und aktuelle Sträucher- und Buschzonen insbesondere als Rückzugsort  
für Wasservögel bestehen bleiben. Es geht also viel mehr um das offizielle Definieren  
von Flächen für Liegemöglichkeiten am Kanal und die Pflege dieser Flächen, als dass  
tatsächlich in großem Stil neue Flächen dafür benötigt werden.

Zusammenfassend betrachtet, gibt es sicherlich viele kleine Möglichkeiten, wodurch  
30 der Mittellandkanal aktiv zu einem besseren Naherholungsgebiet ausgebaut werden  
kann. Dementsprechend soll die Stadt Hannover in Abstimmung mit der zuständigen

Schiffahrtsbehörde prüfen, welche zusätzlichen Verbesserungen des Naherholungsgebiets möglich sind und diese Maßnahmen darauffolgend umsetzen.

Begründung:

35 Erfolgt mündlich

## **K04 - Hannover 2050: Eine neue Weltausstellung für sozial-ökologische Transformation und internationale Solidarität**

Antragssteller\*innen: Jusos NordWest

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover, SPD-Landtagsfraktion NDS, SPD-

5 Bundestagsfraktion

### ***Angenommen***

Die Jusos in der Region Hannover beschließen, dass die SPD-Fraktion im Stadtrat von Hannover sowie die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung auf, sich für eine erneute Ausrichtung einer Weltausstellung im Jahr 2050 in Hannover einzusetzen und die dafür notwendigen politischen, planerischen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Stadt und Region Hannover sollen gemeinsam mit dem Land Niedersachsen und dem Bund frühzeitig ein Konzept für eine Weltausstellung 2050 erarbeiten, das sich an klaren sozial-ökologischen, demokratischen und internationalen Leitlinien orientiert.

15 Zentrale Bausteine dieses Konzepts sollen sein:

- die konsequente Revitalisierung und Weiterentwicklung des bestehenden Messegeländes sowie die Schaffung eines weiteren neuen Stadtteils als zukunftsfähiges, klimaneutrales Quartier mit gemischter Nutzung (Wohnen, Arbeiten und Kultur) statt weiterer Versiegelung „auf der grünen Wiese“
- 20 • eine Weltausstellung, die Klimaneutralität, Klimaanpassung, soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität in den Mittelpunkt stellt und konkrete Projekte für globale Gerechtigkeit, fairen Technologietransfer und Kooperation mit dem Globalen Süden sichtbar macht
- die klare Verankerung von guter Arbeit, Mitbestimmung und Tarifbindung in allen
- 25 Bereichen rund um Planung, Bau, Betrieb und Nachnutzung
- ein umfassendes Konzept für Bürger:innenbeteiligung und insbesondere verbindliche Jugendbeteiligung, zum Beispiel durch Jugendforen, Schüler:innen- und Studierendenvertretungen, Stadtteilgremien
- die Sicherstellung, dass alle Investitionen in Infrastruktur (ÖPNV, Schiene,
- 30 Radwege, Digitalisierung, soziale Infrastruktur) langfristig den Menschen zugutekommen und nicht als kurzfristige Prestigeprojekte verpuffen

### Begründung:

Hannover hat mit der EXPO 2000 eindrucksvoll bewiesen, dass Weltausstellungen  
35 einen starken Impuls für Stadtentwicklung, Innovation und internationale  
Verständigung geben können<sup>1</sup>. Unter dem Motto „Mensch–Natur–Technik“ vereinte die  
damalige Weltausstellung über 150 Nationen und gilt bis heute als Paradebeispiel für  
gelebte Völkerverständigung<sup>2</sup>. Gleichzeitig verdeutlichten die Erfahrungen seit 2000,  
wie beispielsweise die unzureichende Nachnutzung des EXPO-Geländes, die  
40 Bedeutung einer langfristig angelegten, sozial und ökologisch verankerten Planung.

Eine Weltausstellung 2050 bietet die Chance, Hannover als Modellstadt der sozial-  
ökologischen Transformation zu positionieren. Angesichts der fortschreitenden  
Klimakrise, der sozialen Spaltung und globaler Krisen braucht es Orte, an denen  
Lösungen praktisch erprobt und international diskutiert werden. Hannover kann ein  
45 solcher Ort sein, wenn die Weichen dazu rechtzeitig gestellt werden. Statt neue  
Flächen zu versiegeln, kann und muss bestehende Infrastruktur zukunftsfähig  
weiterentwickelt werden. So werden Klima- und Ressourcenschutz mit einer  
nachhaltigen Stadtentwicklung verbunden. Darüber hinaus kann ein starkes Signal  
gegen Nationalismus, Abschottung und Demokratiefeindlichkeit gesendet werden. In  
50 einer Zeit, in der autoritäre Kräfte erstarken und internationale Zusammenarbeit in  
Frage gestellt wird, kann eine international ausgerichtete, solidarische Weltausstellung  
zeigen, dass Zusammenarbeit, Frieden und Menschenrechte die Grundlagen für eine  
gute Zukunft sind.

Für uns ist entscheidend, dass eine EXPO 2050 nicht als reines Wirtschafts- oder  
55 Prestigeprojekt verstanden wird, sondern als demokratisches, soziales und  
ökologisches Zukunftsprojekt. Zugleich bietet die Vorbereitung und Durchführung einer  
Weltausstellung 2050 die Chance, zentrale Infrastrukturprojekte in Hannover und der  
Region sozialverträglich und zukunftsorientiert umzusetzen. Der Ausbau des  
öffentlichen Nahverkehrs, die Stärkung des Schienenverkehrs, sichere und  
60 durchgängige Radwege, digitale Infrastruktur, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie  
bezahlbarer Wohnraum sind Investitionen, von denen die Menschen in Hannover weit

---

<sup>1</sup> Vgl. Kalb, C. (1994). Weltausstellungen im Wandel der Zeit und ihre infrastrukturellen Auswirkungen auf Stadt und Region. Peter Lang.

<sup>2</sup> Vgl. Wallbaum, K. (2025, Mai 28). Die Weltausstellung in Hannover zeigte, wie gut Völkerverständigung klappen kann. Rundblick Niedersachsen. <https://rundblick-niedersachsen.de/die-weltausstellung-in-hannover-zeigte-wie-gut-voelkerverstaendigung-klappen-kann>

über das Jahr 2050 hinaus profitieren. Wichtig ist dabei, dass diese Investitionen sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren und nicht an kurzfristiger Profitlogik. Eine Weltausstellung 2050 kann so ein Motor für eine gerechte, solidarische und klimaneutrale Stadt sein.

## **SW - Soziales & Wohnen**

### **SW02 - Jugendarbeit in der Region Hannover stärken – Fachkräfte gewinnen und ländliche Räume sichern**

Antragssteller\*in: Jusos Lehrte

5 Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz

#### ***Angenommen***

Die pluralistische Gesellschaft lebt von sozialen Angeboten für die Allgemeinheit. Insbesondere junge Menschen brauchen einen Raum zum Austausch untereinander und miteinander. Doch dieser Raum existiert zunehmend nicht mehr oder besteht im ländlichen Raum nur noch teilweise. Vereine sind Räume, deren Attraktivität bei den Jugendlichen schwindet; bleiben also nur noch Jugendzentren und Jugendtreffpunkte vor Ort. Jugendzentren in den Ortschaften stehen häufig mehrere Jahre leer oder sind nur zwei- bis dreimal pro Woche zugänglich aufgrund von nicht ausreichend qualifiziertem Personal, und Jugendtreffpunkte existieren de facto gar nicht.

15 Dies führt dazu, dass die soziale Infrastruktur vor Ort, die einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe der jungen Menschen leistet, schwindet, da bestehende Angebote nicht zuverlässig nutzbar sind und Anlaufstellen wegfallen. Jugendzentren und Jugendtreffpunkte sind nicht nur Orte der Begegnung, sondern auch der Demokratiebildung. Sie stärken die pluralistische Gesellschaft und bieten Jugendlichen im ländlichen Raum Unterstützung, die präventiv gegen Radikalisierung und populistische Strömungen wirkt. Junge Menschen dürfen im ländlichen Raum nicht de facto von diesen Angeboten ausgeschlossen sein. Der Staat hat die Pflicht, sichtbare und verlässliche Strukturen zu schaffen, damit alle Jugendlichen unabhängig von ihrem Wohnort gleiche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten.

25 Vor dem Hintergrund des bereits bestehenden Fachkräftemangels ist es daher notwendig, sowohl die Rahmenbedingungen als auch die Zugangsmöglichkeiten zu überprüfen und anzupassen. Um gleichwertige Lebensverhältnisse in der Region Hannover zu gewährleisten, ist es notwendig, die Jugendarbeit gezielt im ländlichen Raum zu stärken. Dies erfordert eine bessere personelle Ausstattung, attraktivere Arbeitsbedingungen sowie niedrighschwellige Zugangswege in das Berufsfeld. Jugendzentren dürfen kein Luxus sein – sie sind ein zentraler Bestandteil einer lebendigen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft.

30

Nur so kann sichergestellt werden, dass Jugendzentren dauerhaft geöffnet bleiben, verlässliche Angebote bestehen und junge Menschen – unabhängig von ihrem Wohnort – die Unterstützung und Räume erhalten, die sie benötigen. Wir fordern die Region Hannover und das Land Niedersachsen auf, die personellen und strukturellen Voraussetzungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum erheblich zu verbessern und mehr Geld für Jugendtreffpunkte bereitzustellen.

Hierzu sollen insbesondere folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 40 1. Fachkräftekapazitäten ausbauen
  - Die Zahl der Sozialarbeiter\*innen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist bedarfsgerecht zu erhöhen.
  - Insbesondere in kleineren Städten und Ortsteilen – etwa im Umfeld von Lehrte – ist eine verlässliche personelle Ausstattung sicherzustellen, um dauerhafte Schließungen von Jugendzentren zu vermeiden.
  - 45 • Die Region Hannover soll gemeinsam mit den Kommunen und örtlichen Jugendverbänden eine bedarfsgerechte Jugendhilfeplanung vornehmen.
2. Zugangshürden und bürokratische Anforderungen reduzieren
  - Bestehende Anforderungen und Auflagen für Fachkräfte in der Jugendarbeit sind zu überprüfen und, wo möglich, praxisnah zu vereinfachen, ohne die Qualität der Arbeit zu gefährden.
  - 50 • Ziel ist es, den Zugang zum Beruf zu erleichtern und die Attraktivität der Tätigkeit zu erhöhen, um dem Fachkräftemangel wirksam entgegenzuwirken.
- 55 3. Attraktivität der Arbeitsbedingungen verbessern
  - Die Region Hannover soll sich für bessere Arbeitsbedingungen, verlässliche Beschäftigungsverhältnisse und angemessene Vergütung einsetzen.
  - Befristete Stellen sind in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse zu überführen.
- 60 4. Landesweite Fachkräfteoffensive unterstützen
  - Auf Landesebene sind Ausbildungskapazitäten für soziale Berufe auszubauen und praxisnahe Qualifizierungswege zu stärken.
  - Die Region Hannover soll entsprechende Initiativen aktiv unterstützen und sich für zusätzliche Förderprogramme einsetzen.

65 Begründung:

Erfolgt mündlich.

## **SW04 - Geeigneter leerstehender öffentlicher Wohnraum für den Mieter\*innenmarkt zu marktgerechten Preisen zur Verfügung stellen**

Antragssteller\*innen: Jusos MOZ

Weiterleitung:

### 5 **Angenommen**

Die SPD-Fraktion des Stadtrates und der Regionalversammlung möge sich für die Umsetzung folgender Forderungen einsetzen:

- Geeignete leerstehende öffentliche Wohnraumobjekte für den Mietermarkt zu marktgerechten Preisen einzugsbereit zur Verfügung stellen

### 10 Begründung

Die Stadt Hannover steht wie andere Großstädte vor einem Wohnproblem. Wohneigentum zu erwerben oder günstig zu mieten ist ein großes soziales Problem für breite Schichten der Gesellschaft.

15 In der Wohnkrise verdienen es unsere Bürger\*innen zudem nicht nur zu wissen, welche öffentlichen Gebäude leer stehen, sondern auch warum. Auch hier fordern wir mehr digitale Durchsichtigkeit seitens der Stadt. Zudem soll leerstehender Wohnraum kein Dauerzustand sein, weshalb es zu begrüßen ist, wenn dieser den Mieter\*innen, soweit wie möglich, angeboten werden kann.

## **UT - Umwelt & Tierschutz**

### **UT01 - Bodenlos: Mikroplastik nachhaltig vom Acker verbannen**

Antragssteller\*innen: Jusos Unterbezirksvorstand

Weiterleitung: Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress

#### **5 Angenommen**

Mikroplastik in der Landwirtschaft ist ein gravierendes, oft unterschätztes Umweltproblem, das die langfristige Sicherheit unserer Nahrungsmittelproduktion gefährdet. Schätzungsweise gelangen jährlich fast 20.000 Tonnen Kunststoff allein auf deutsche Ackerböden. Die Quellen hierfür sind vielfältig und reichen von Verwehungen durch „Littering“ über den Abrieb von Reifen bis hin zu landwirtschaftlichen Hilfsmitteln wie Bindegarnen. Besonders problematisch ist, dass diese Partikel im Ökosystem verbleiben, da es kaum möglich ist, Mikroplastik wieder aus dem Boden zu entfernen. Die Folgen für die Umwelt sind drastisch. Die Kunststoffpartikel beeinträchtigen wichtige Bodenlebewesen wie Regenwürmer nachhaltig und schädigen die Bodenstruktur sowie die Fauna. Neuere Untersuchungen deuten zudem darauf hin, dass Nanopartikel sogar von Pflanzenwurzeln aufgenommen werden können, was das Pflanzenwachstum hemmt und Risiken für die Nahrungskette birgt. So könnte auch die Belastung in Lebensmitteln steigen.

Ein wesentlicher Treiber des Eintrags sind direkte Anwendungen im Anbau. Im Spargel- und Erdbeeranbau führen Mulchfolien zu Rückständen, und auch umhüllte Düngemittel in Langzeitdünger tragen signifikant mit etwa 2.520 Tonnen pro Jahr zur Belastung bei. Zwar wird dies in der EU ab 2028 stärker reguliert und auch die Ausbringung von Klärschlamm, der oft mit Plastikpartikeln belastet ist, wird ab 2029 bzw. 2032 eingeschränkt. Diese Zeiträume sind angesichts der irreversiblen Akkumulation im Boden jedoch zu lang gewählt.

Um unsere Ackerböden als Lebensgrundlage zu schützen, bedarf es schnellerer und konsequenterer Maßnahmen als bisher vorgesehen. Es darf nicht gewartet werden, bis EU-Regulierungen greifen, während jährlich tausende Tonnen Plastik hinzukommen. Wir fordern daher eine sofortige Strategie zur Minimierung von Kunststoffeinträgen in der Landwirtschaft. Dies beinhaltet die Förderung und den verpflichtenden Einsatz von biologisch abbaubaren Mulchfolien als Ersatz für konventionelle Kunststofffolien. Wo technisch möglich, müssen Polypropylen-Garne durch Naturfasern wie Sisal ersetzt werden, wenn diese witterungsbeständig sind.

Des Weiteren muss der Ausstieg aus der Klärschlammverwertung auf Feldern  
35 beschleunigt und nicht erst in den 2030er Jahren vollzogen werden, um diesen  
Eintragspfad effektiv zu schließen. Auch der Einsatz von kunststoffumhüllten  
Düngemitteln muss kritisch überprüft und schneller durch umweltfreundliche  
Alternativen ersetzt werden. Eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft muss das Ziel sein.  
Dazu gehört neben verbesserten Recycling-Methoden für Silofolien  
40 und Netze auch die konsequente Reduzierung von Einwegplastik in allen  
landwirtschaftlichen Prozessen. Nur wenn wir jetzt handeln, können wir verhindern,  
dass unsere Böden dauerhaft ihre Fruchtbarkeit und ökologische Funktion verlieren.

Begründung:

45 Erfolgt mündlich.

## **UT02 - Contrails**

Antragssteller\*innen: Juso Unterbezirksvorstand, Jusos SüdOst

Weiterleitung: Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress

### ***Angenommen***

- 5 Die Erderwärmung ist die größte Bedrohung unserer Zeit. Was viele nicht wissen: Es gibt viele Wege, sie sogar ohne große Umstände zu verringern. Einer davon ist das Umfliegen von Contrails.

10 Contrails sind Kondensstreifen, die entstehen, wenn Flugzeuge durch ein Gebiet mit einer gewissen Luftfeuchtigkeit fliegen. Sie verhindern, dass Wärme, die von der Erde wegstrahlt, in das Weltall abgegeben werden kann und machen damit die Hälfte der durch Flugverkehr erzeugten Erderwärmung aus (die andere Hälfte ist der Ausstoß von Treibhausgasen). Dieses Phänomen, welches eine große Auswirkung hat, findet jedoch auf kleinem Raum statt: Nur 3% aller Flüge sind für 80% dieses Effektes  
15 verantwortlich. Die Technologien, um die Gebiete mit der Luftfeuchtigkeit, die Contrails erzeugt, zu umfliegen, existiert bereits und ist nicht teuer. Ein Flugticket von Paris nach New York würde somit 3,90€ mehr kosten und eines von Berlin nach Barcelona 1,20€. Warum also wird das nicht umgesetzt?

20 Der Grund dafür ist, dass diese Umstände, trotz Forschung der deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt, keiner breiten Masse bekannt sind.

Daher fordern wir, dass sich die SPD auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzt, dass Fluggesellschaften diese Vorgehensweisen anwenden. Dies kann in Form von Anreizen (z.B. Subventionen für die Installation der Technologien oder finanzielle Vorteile bei der Installation der Technologien) oder auch durch Druckmittel  
25 (z.B. eine Art "Contrail-Steuer" o.ä.) geschehen.

### Begründung:

Erfolgt mündlich.

## **UT03 - Resolution der Jusos Region Hannover: Klimaziele konsequent umsetzen – Soziale Gerechtigkeit und Energiewende vorantreiben**

Antragssteller\*innen: Jusos Barsinghausen

Weiterleitung:

### 5 **Angenommen**

Die Klimakrise erfordert entschlossenes Handeln. Deutschland und die EU haben sich verbindlich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 zu senken und bis 2045 klimaneutral zu werden. Doch die aktuelle Politik von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche gefährdet diese Ziele: Durch die Infragestellung der Klimavorgaben, die Kürzung der Förderung für private Solaranlagen, die Reduzierung der Redispatch-Zahlungen für Erneuerbare Energien und den Ausbau fossiler Gaskraftwerke wird die Energiewende ausgebremst. Gleichzeitig drohen Mieter:innen durch steigende Energiepreise – etwa durch Kriege oder den CO<sub>2</sub>-Preis – übermäßig belastet zu werden. Die Jusos Region Hannover fordern eine Kurskorrektur, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Planungssicherheit für alle verbindet.

#### **1. Klimaziele einhalten – Keine Verwässerung der verbindlichen Vorgaben**

Die Bundesregierung muss die bestehenden Klimaziele der EU und Deutschlands uneingeschränkt umsetzen. Die aktuellen Prognosen zeigen, dass die Ziele ohne zusätzliche Anstrengungen verfehlt werden. Die Forderung von Ministerin Reiche nach „flexibleren“ Klimazielen lehnen wir ab. Statt die Ziele zu schwächen, brauchen wir eine ambitionierte und verlässliche Klimapolitik, die die gesetzlichen Vorgaben ernst nimmt und umsetzt.

#### 25 **2. Förderung erneuerbarer Energien sichern – Keine Rückschritte bei Solar und Wind**

Die geplante Kürzung der Förderung für private Solaranlagen und die Reduzierung der Redispatch-Zahlungen für Erneuerbare Energien sind kontraproduktiv. Beide Instrumente sind essenziell, um den Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu stärken. Wir fordern:

- Die Beibehaltung der bestehenden Förderung für private Solaranlagen und eine Evaluation der Redispatch-Regelungen, um Anreize für den weiteren Ausbau zu erhalten.

- Keine weiteren Einschränkungen bei der Einspeisevergütung oder Abregelungsentschädigungen, die Investitionen in Erneuerbare unattraktiv machen.

35

### **3. Gebäudeenergiegesetz stärken – Fossile Heizungen nicht wieder salonfähig machen**

Die Lockerung der Vorgaben für den Einbau fossiler Gasheizungen im Rahmen des Gebäudemodernisierungsgesetzes ist ein falsches Signal. Gasheizungen auf Basis fossiler Energieträger haben in Neubauten und sanierten Gebäuden nichts zu suchen.

40

Wir fordern:

- Die Rückkehr zu klaren, verbindlichen Vorgaben für den Einbau klimafreundlicher Heizsysteme, wie sie im ursprünglichen Gebäudeenergiegesetz vorgesehen waren.
- Eine sozialverträgliche Umsetzung, die Mieter:innen und Eigentümer:innen durch gezielte Förderprogramme unterstützt, ohne die Klimaziele aus den Augen zu verlieren.

45

### **4. Mieter:innen vor explodierenden Energiekosten schützen**

Steigende Energiepreise treffen einkommensschwache Haushalte und Mieter:innen besonders hart. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Kosten der Energiewende gerecht verteilt werden. Wir fordern:

50

- Die Einführung von Härtefallregelungen und direkten finanziellen Entlastungen für Mieter:innen, deren Wohnungen mit fossilen Energieträgern beheizt werden und die von Preissprüngen betroffen sind.
- Die Prüfung von Modellen, die die Umstellung auf erneuerbare Energien im Gebäudesektor sozial abfedern, etwa durch gezielte Zuschüsse oder steuerliche Entlastungen.

55

### **5. Transparenz und demokratische Legitimation in der Energiepolitik**

Die Energiepolitik darf nicht einseitig von den Interessen der fossilen Lobby geprägt sein. Wir fordern:

60

- Mehr Transparenz bei der Erarbeitung energiepolitischer Maßnahmen, insbesondere bei der Beteiligung von Interessensverbänden.
- Eine stärkere Einbindung von Mieterverbänden, Umweltorganisationen und kommunalen Akteuren in die Gestaltung der Energiewende. Die Jusos Region Hannover appellieren an die Bundesregierung, die Klimaziele konsequent

65

umzusetzen und die Energiewende sozial gerecht zu gestalten. Die aktuellen Pläne von Ministerin Reiche gefährden nicht nur das Klima, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft und die soziale Sicherheit der Menschen in unserer Region. Wir brauchen eine Energiepolitik, die ökologisch verantwortungsvoll, wirtschaftlich weitsichtig und sozial ausgewogen ist.

Quellenliste:

- <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2026-03/klimaziele-bundesregierung-2030-gesetzesänderung-klimapolitik>
- <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/massnahmen-klimaschutzziel-bundesregierung>
- [https://www.t-online.de/heim-garten/aktuelles/id\\_101183854/reiche-stellt-klimaziele-infrage-deutsche-energie-wende-ist-naiv-.html](https://www.t-online.de/heim-garten/aktuelles/id_101183854/reiche-stellt-klimaziele-infrage-deutsche-energie-wende-ist-naiv-.html)
- <https://fhm-online.de/news/katherina-reiche-bundeswirtschaftsministerin-energiepolitik-2026/>
- <https://www.cleantalking.de/klimaschutzprogramm-2026-erhebliche-zweifel/>
- <https://www.freitag.de/autoren/nick-reimer/energiewende-in-gefahr-124-000-jobs-stehen-auf-dem-spiel>
- <https://vision-mobility.de/news/massive-kritik-an-reiches-reformplaenen-angriff-auf-energiewende-und-elektrifizierung-389842.html>
- <https://www.zfk.de/politik/deutschland/solarfoerderung-heizungswende-spd-cdu-csu-reiche>
- <https://www.tagesschau.de/inland/gmg-reaktionen-100.html>
- <https://www.campact.de/blog/2026/01/katherina-reiche-die-lobby-ministerin-und-ihre-rolle-bei-der-energiewende-deutschlands/>
- <https://www.campact.de/blog/2026/01/katherina-reiche-die-lobby-ministerin-und-ihre-rolle-bei-der-energiewende-deutschlands/>

## **UT04 - Stoppt das stille Sterben der Straßenkatzen**

Antragssteller\*innen: Jusos Linden-Limmer

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

### 5 **Angenommen**

Die Realität vieler Straßenkatzen ist dramatisch: Sie leben in ständiger Angst, leiden Hunger, Krankheiten und Verletzungen. Junge Katzen sterben oft nur wenige Wochen nach der Geburt an Unterkühlung, Infektionen oder durch Kampfverletzungen. Mutterkatzen sind häufig überfordert, ihre Würfe zu versorgen, während bereits die nächste Generation geboren wird. Ein endloser Kreislauf von Leid und Tod. Ohne konsequente Kastration vermehrt sich die Population exponentiell, wodurch jedes Jahr Hunderttausende neue Katzen in Elend geboren werden.

Die Einführung einer Kastrationspflicht würde diese Tragödien verhindern, Tierheime entlasten und ökologische Schäden durch übermäßige Katzenpopulationen reduzieren. Jede kastrierte Hauskatze bedeutet direkte Lebensrettung für viele Tiere und eine spürbare Entlastung der öffentlichen Strukturen. Expert\*innen wie Malte Zierden und der Deutsche Tierschutzbund betonen, dass Tierleid vermeidbar ist, wenn Hauskatzen konsequent kastriert werden. Die Maßnahme ist sowohl wissenschaftlich als auch ethisch begründet: Prävention ist der einzige effektive Weg, die Population unter Kontrolle zu halten.

Die Dringlichkeit ist enorm: In Deutschland leben bis zu zwei Millionen Straßenkatzen, die täglich unter Hunger, Krankheiten und Überforderung leiden. Ohne gesetzliche Kastrationspflicht wird sich diese Tragödie Jahr für Jahr wiederholen.

Präventiver Tierschutz ist Kern sozialdemokratischer Politik: Verantwortung übernehmen, anstatt Tierleid zuzulassen. Die vorgeschlagene Maßnahme ist sozial gerecht, wirksam und langfristig kostensparend für öffentliche Institutionen und Tierheime.

Deswegen fordern wir:

- Einführung einer gesetzlichen Kastrationspflicht für alle Hauskatzen mit Freigang.
- Registrierungspflicht über Mikrochip oder Tierregister zur Nachverfolgung.
- Sanktionen in Form von Bußgeldern oder Verwarnungen bei Nichtbefolgung.

- 35
- Finanzielle Unterstützung für Geringverdienende, um die Kastration erschwinglich zu machen.
  - Aufklärungskampagnen in Zusammenarbeit mit Tierärzt\*innen, Tierheimen und Tierschutzorganisationen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

## **UT07 - Bekämpfung des Müllproblems durch präventive und fördernde Maßnahmen**

Antragssteller\*innen: Jusos MOZ

Weiterleitung:

### 5 **Angenommen**

Die Stadtratsfraktion der SPD möge sich für das Umsetzen folgender Forderungen einsetzen:

- Maßnahmen zur Sensibilisierung der lokalen für Probleme der Müllentsorgung (Pilotprojekt für eine lokale Öffentlichkeitskampagne zur Müllproblematik)
- 10 • Präventionsarbeit in Bildungseinrichtungen wie Schulen, Horts und Kitas hinsichtlich der lokalen Umweltverschmutzung (z. B. durch Einbindung von Schüler/Schülerinnen in Müllsammelaktionen)
- Erarbeitung eines Konzepts zur Unterstützung und Stärkung ehrenamtlicher Initiativen zum Müllsammeln in Form von Ermäßigungen oder Boni. Dabei
- 15 sollen insbesondere auch bestehende Aktionen wie z.B. Putzmunter zusätzlich gefördert werden.
- Verstärkte Reinigung durch Schaffung neuer Stellen von City-Stadtreinigern und Abfallfahndern
- Erhöhung der Anzahl der Wertstoffinseln und Glasentsorgungsmöglichkeiten
- 20 sowie Ausstattung dieser mit Füllstandssensoren
- Ergänzung: Anbringen von Pfandringen an geeigneten Mülleimern

### Begründung

25 Abfall wird in hoher Regelmäßigkeit ordnungswidrig auf den Straßen Hannovers entsorgt. Bildungseinrichtungen wie Schulen und Horts sollten in die Problematik der illegalen Müllentsorgungen eingebunden werden. Insbesondere Kinder und Jugendliche entwickeln erst im späteren Verlauf des Lebens ein höheres Umweltbewusstsein. Präventive Kommunikationsmaßnahmen könnten diese Entwicklung beschleunigen und somit zur Reduzierung des Müllproblems beitragen.

## **UT08 - Ausweitung der Abfallbehälter für die Stadt Hannover**

Antragssteller\*innen: Jusos NordWest

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover, Juso-Bezirkskonferenz

### ***Angenommen***

- 5 Wir fordern die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover auf, zusätzliche Abfallbehälter in der Stadt Hannover bereit- und eine bedarfsgerechte Leerung sicherzustellen. Dies ist insbesondere an stark frequentierten Orten wie an ÖPNV-Haltestellen und in Fußgängerzonen erforderlich.

### Begründung:

- 10 In verschiedenen Bereichen des Stadtgebiets ist eine Zunahme von achtlos entsorgtem Müll zu beobachten. Dies ist vor allem am Desbrocksheidering in Stöcken, wo viele LKWs verkehren, zu verzeichnen. Auch in der Innenstadt Hannovers ist eine unsachgemäße Entsorgung von Müll wiederholt zu sehen. Eine höhere Dichte an Abfallbehältern erleichtert die ordnungsgemäße Entsorgung und trägt nachweislich zur
- 15 Reduzierung von Vermüllung bei. Darüber hinaus gelangen unachtsam entsorgte Abfälle häufig über die Kanalisation in Gewässer. Zusätzliche Abfallbehälter leisten einen präventiven Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz. Zudem tragen saubere öffentliche Räume dazu bei, das Sicherheits- und Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger Hannovers zu steigern sowie die Attraktivität der Stadt für
- 20 Besucherinnen und Besucher zu erhöhen.

## **V - Verkehr**

### **V01 - Rufbus statt Leerbus**

Antragsteller\*innen: Jusos Unterbezirksvorstand

Weiterleitung: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Unterbezirksvorstand

#### 5 **Angenommen**

Die Juso-Unterbezirkskonferenz beschließen, dass der Sprinti als Rufbus-Angebot in der Region Hannover erhalten und ausgebaut werden soll.

Zum Ausbau des Sprinti zählt insbesondere, dass dieser zukünftig sowohl in der Zone C als auch in der Zone B verkehren soll, mindestens jedoch in den Randgebieten der Zone B. Zur Sicherstellung eines verlässlichen öffentlichen Personennahverkehrs in den Abendstunden sollen die Hauptverkehrslinien weiterhin betrieben werden, während Nebenbuslinien in diesem Zeitraum eingestellt werden. Die durch die Einstellung der Nebenbuslinien eingesparten finanziellen Mittel sollen künftig dafür verwendet werden, zusätzliche Sprinti-Fahrzeuge für den Nachtbetrieb anzuschaffen sowie deren laufenden Betrieb sicherzustellen.

Ebenfalls ist es notwendig, dass mehr Sprinti-Fahrzeuge bereitgestellt werden, um Stoßzeiten am Tag zu bedienen und Wartezeiten insbesondere am Wochenende zu verringern. Auch soll der ÖPNV an zentralen Knotenpunkten (Knotenpunkt-Modell): Kommunenübergreifende Verbindungen sollen gezielt zu bedeutenden Umsteigepunkten wie Bahnhöfe oder zentralen Haltestellen ermöglicht werden, um die Verknüpfung mit den bestehenden ÖPNV zu stärken. Ziel ist die Entwicklung eines modernen und leistungsfähigen Mobilitätssystems, das sich an den tatsächlichen Mobilitätsbedarfen der Bevölkerung orientiert und nicht an administrativen Grenzen endet.

Auch soll die Sprinti-App in die Üstra-App integriert werden. So müssen die Nutzer\*innen nicht zwei verschiedene Systeme nutzen.

#### Begründung:

Der Sprinti hat sich als Rufbus-System in der Region Hannover bereits als erfolgreiches etabliert. Gleichzeitig bestehen zahlreiche Möglichkeiten, dieses Angebot weiter auszubauen und zu verbessern. Insbesondere in den Abend- und Nachtstunden ist es weder wirtschaftlich noch finanziell sinnvoll, klassische Buslinien

nahezu leer durch die Region fahren zu lassen. Ein flexibles Rufbus-System kann hier dazu beitragen, öffentliche Mittel effizienter einzusetzen und dennoch eine verlässliche Mobilität sicherzustellen. Gerade junge Menschen greifen in den Abendstunden  
35 zunehmend auf private Mobilitätsangebote wie Uber oder vergleichbare Dienste zurück, da klassische Busverbindungen oft nur selten verkehren und lange Wartezeiten mit sich bringen. Der Sprinti bietet hier eine attraktive Alternative: Er ist flexibel und bereits im Rahmen der Monatskarten enthalten. Diese Flexibilität muss es zu den Abend- und Tagzeiten geben. Ein Ausbau des Sprinti, insbesondere in den  
40 Abendstunden, stärkt somit den ÖPNV, erhöht die Attraktivität nachhaltiger Mobilität und stellt sicher, dass auch abends eine verlässliche und bezahlbare Fortbewegung für alle möglich bleibt. Die Integration der Sprinti-App in die reguläre Üstra-App erhöht die Benutzer\*innenfreundlichkeit, da so zukünftig nur noch eine App für alles verwendet werden kann.

### **V03 - Barrierefreie Bahnhöfe sichern und Fahrradinfrastruktur im ländlichen Raum stärken – für eine sozial gerechte und nachhaltige Mobilität**

Antragssteller\*innen: Jusos Lehrte

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz,

5 Landtagsfraktion SPD Niedersachsen

#### ***Angenommen***

Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, gleichwertige Lebensverhältnisse und Klimaschutz. Insbesondere im ländlichen Raum sind viele Menschen auf funktionierenden ÖPNV und den dazu gehörigen  
10 Anbindungen angewiesen, um die Schule, die Arbeit, die Ausbildung und Freizeitangebote zum Spaßvergnügen zu erreichen. Dabei fokussiert sich diese Anbindung auf Bahnhöfe und Haltestellen, dies sind die entscheidenden Schnittstellen. Doch gerade hier ergeben sich erhebliche Defizite: mangelnde Barrierefreiheit, häufig defekte oder fehlende Aufzüge sowie unzureichende und unsichere  
15 Fahrradabstellmöglichkeiten. Eine konsequente Verkehrswende kann jedoch nur funktionieren, wenn es uns gelänge den ländlichen Raum konsequent mitzudenken. Dafür bedarf es einer verlässlichen, barrierefreien Infrastruktur und einer Verflechtung von  
Bahnhof und Fahrrad.  
Wir fordern, dass folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

#### **20 Barrierefreiheit auch außerhalb der Ballungszentren sicherstellen**

- Priorisierter barrierefreier Ausbau von Bahnhöfen und Haltepunkten im ländlichen Raum.
- Sicherstellung der dauerhaften Funktionsfähigkeit von Aufzügen und Zugängen.
- 25 • **Regelmäßige, engmaschige Wartung von Fahrstühlen**, um lange Ausfallzeiten – die im ländlichen Raum oft keine Alternative lassen – zu verhindern.
- Einrichtung schneller Reparaturketten, insbesondere bei kleineren Stationen.

30

## Fahrradinfrastruktur gezielt ausbauen

- Deutliche Erhöhung der Kapazitäten von Fahrradabstellanlagen an ländlichen Bahnhöfen.
- Ausbau von **abschließbaren und diebstahlsicheren Fahrradboxen**, um  
35 Pendler\*innen den Umstieg auf das Fahrrad zu erleichtern.
- Schaffung von wettergeschützten und gut beleuchteten Abstellplätzen, insbesondere an schlecht einsehbaren Standorten.

## Bahn und Fahrrad als zentrale Mobilitätskette im ländlichen Raum stärken

- Ausbau sicherer Radwege zu Bahnhöfen, auch über längere Distanzen  
40 zwischen Ortschaften.
- Förderung von Bike-&-Ride-Angeboten als Alternative zum Auto.
- Entwicklung von Konzepten, um „die letzte Meile“ im ländlichen Raum klimafreundlich zu schließen.

### Begründung:

45 Im ländlichen Raum ist Mobilität häufig mit eingeschränkten Alternativen verbunden. Fällt ein Aufzug aus oder fehlt eine barrierefreie Anbindung, bedeutet das für viele Menschen den faktischen Ausschluss vom öffentlichen Verkehr. Barrierefreiheit ist hier keine Komfortfrage, sondern eine Frage der Teilhabe. Gleichzeitig sind die Wege zum nächsten Bahnhof oft länger als in Städten. Das Fahrrad bietet hier eine entscheidende  
50 Chance, diese Distanzen klimafreundlich zu überbrücken. Voraussetzung dafür ist jedoch eine sichere und verlässliche Infrastruktur – insbesondere ausreichend geschützte Abstellmöglichkeiten. Wer sein Fahrrad nicht sicher abstellen kann, wird eher auf das Auto zurückgreifen. Wer sich nicht auf funktionierende Barrierefreiheit verlassen kann, wird den öffentlichen Verkehr meiden. Eine sozial gerechte  
55 Verkehrspolitik muss deshalb den ländlichen Raum in den Mittelpunkt stellen. **Nur wenn Bahnhöfe barrierefrei, zuverlässig und fahrradfreundlich sind, kann nachhaltige Mobilität für alle Wirklichkeit werden.**

**V05 - Gewährleistung einer überdachten Sitzmöglichkeit an jeder Bushaltestelle in Hannover-Mitte**

Antragssteller\*innen: Jusos MOZ

Weiterleitung:

5 ***Angenommen***

Die SPD-Fraktion des Stadtrates und der Regionalversammlung möge sich für die Umsetzung folgender Forderungen einsetzen:

- Gewährleistung einer überdachten Sitzmöglichkeit an jeder Bushaltestelle in Hannover-Mitte

10 Begründung

Erfolgt mündlich.

## **V06 - Ausweitung von Fahrradgaragen im Innenstadtbereich**

Antragssteller\*innen: Jusos MOZ

Weiterleitung:

### ***Angenommen***

- 5 Die Stadtratsfraktion der SPD möge sich für das Umsetzen folgender Forderungen einsetzen:
- Ausweitung von Fahrradgaragen in Hannover (sobald ein einheitliches Nutzungskonzept beschlossen worden ist)

### Begründung

- 10 Ein zusätzlicher Schutz vor Witterung und Müll durch Fahrradgaragen würde die Abstellsituation für Fahrradfahrer in Hannover verbessern. Die Stadt möge sich dafür einsetzen, dass die Zahl der Fahrradgaragen in Absprache mit den Bezirksräten erhöht wird.

## **V07 - Statt bis zum Pferdeturm direkt zum Zoo – Linie 127 bis zur Haltestelle Zoo verlängern**

Antragssteller\*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: SPD-Regionsfraktion

### 5 **Angenommen**

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert zu prüfen, ob die Buslinie 127 im Zuge der geplanten Weiterentwicklung des Stadtbusnetzes der Landeshauptstadt Hannover nächstes Jahr so geführt werden kann, dass neben der geplanten Verlängerung zum Schützenplatz auch eine direkte Anbindung des Zoos ermöglicht wird. Insbesondere soll geprüft werden, ob eine Linienführung ab Pferdeturm über Clausewitzstraße, HCC und Zoo weiter über Neues Haus, Hauptbahnhof/ZOB, Hauptbahnhof/Ernst-August-Platz, Kröpcke oder Kröpcke/Theaterstraße, Aegidientorplatz über Rathaus/Friedrichswall und Waterloo bis zum Schützenplatz möglich und betrieblich sinnvoll ist. Ziel ist es, die Voraussetzungen der geplanten Netzüberarbeitung zu erfüllen und gleichzeitig eine bessere Anbindung wichtiger Freizeit-, Veranstaltungs- und Umsteigepunkte in der Innenstadt zu schaffen.

### Begründung:

Der ursprüngliche Antrag berücksichtigt nicht vollständig das aktuelle Überplanungskonzept für den Stadtbusverkehr der Landeshauptstadt Hannover. Nach bisherigen Planungen soll die Buslinie 127 künftig über Marienstraße, Lavesallee und den Bereich Friedrichswall bis zum Schützenplatz verlängert werden.

Gleichzeitig stellt der Zoo einen der wichtigsten Freizeit- und Veranstaltungsorte der Stadt dar. Eine direkte Anbindung durch die Linie 127 würde insbesondere für Menschen aus den östlichen Stadtteilen eine attraktivere Verbindung schaffen und die Erreichbarkeit des Zoos sowie des Hannover Congress Centrums verbessern.

Der Änderungsantrag verfolgt daher das Ziel, die geplante Verlängerung der Linie 127 umzusetzen und gleichzeitig zu prüfen, ob eine Linienführung über den Zoo integriert werden kann. Damit könnten sowohl die Planungen der Stadt berücksichtigt als auch zusätzliche Verbesserungen für den öffentlichen Nahverkehr erreicht werden.

30 Fun Fact: Durch die neue vorgeschlagene Linienführung des 127er wird der Takt der Busse vom Zoo zum Hbf. von alle 10 Min auf knapp alle 6-7 min erhöht.

## **V08 - Mehr Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln für ALLE!**

Antragssteller\*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung:

### ***Angenommen***

- 5 Die Jusos fordern hiermit,
- a) mehr Barrierefreiheit für alle Menschen, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Konkret unter anderem in den ÖPNV Verkehrsbetrieben Üstra, Transdev und Deutsche Bahn im Verkehrsraum Hannover und Region Hannover
  - 10 b) schnellere Reparaturen von Fahrstühlen an Bahnhöfen und U-Bahn-Stationen in Hannover und der Region Hannover
  - c) automatische elektronische Durchsagen und ein Anzeigen im digitalen Infobrett als Fahrgastinformation von defekten und nicht verfügbaren Fahrstühlen an der konkreten Haltestelle frühzeitig vor der Haltestelle in Straßenbahnen und S-Bahnen
  - 15 d) Verbesserung der Beschilderung und Hinweisung auf die Anruf- bzw. Infosäulen an den Haltestellen
  - e) einheitliche Nutzung von einem Rollstuhl-Symbol neben der schriftlichen Haltestelle im digitalen Infobrett in der Üstra Straßenbahn (anzeigen, wenn kein barrierefreier Zugang möglich ist)
  - 20 f) kontrastreiche, bodenbündige und gut taktil fühlbare (Blinden-)Leitstreifen (gelbe; weiße bei grauem Boden; schwarze bei hellem Boden) für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen und Blindheit
  - g) regelmäßige Reinigung und Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Leitstreifen, besonders im Herbst und Winter
  - 25 h) mehr barrierefreie Toiletten an größeren U-Bahn Haltestellen und Bahnhöfen und schnellere Reparatur von defekten (barrierefreien) Toiletten (z.B. an der Haltestelle Aegidientorplatz)
  - i) barrierefreie Hinweise, dass die Toiletten defekt bzw. derzeit nicht nutzbar sind

- 30 j) immer eine mündliche Durchsage an Bahnhöfen (z.B. in Burgdorf oder in Kleefeld), wenn z.B. die S-Bahn Verspätung hat und wenn eine Zugdurchfahrt durch einen Güterzug passiert
- k) eine zeitliche Erweiterung des Üstra Begleitservices auf montags bis sonntags von 7 bis 19 Uhr
- 35 l) dass eine Anmeldung eines Begleitwunsches telefonisch und schriftlich durch ein Kontaktformular (z.B. für Menschen mit Hörbeeinträchtigung) auch noch werktags 24 Stunden vorher und am Wochenende 2 Tage vorher möglich ist

Begründung:

Am Bahnhof Burgdorf (Anmerkung: Betreiber Deutsche Bahn, Zuständigkeit Berlin) konnten Menschen den einzigen Fahrstuhl am Bahnhof ein Jahr nicht nutzen (April 40 2022-April 2023). Der Fahrstuhl war ein Jahr lang defekt. Menschen mit Geheinschränkungen oder Rollstuhl konnten ein Jahr lang nicht barrierefreie Zugfahrten von Burgdorf aus durchführen.

Menschen, die in der Barrierefreiheit eingeschränkt sind und auf Fahrstühle angewiesen sind, müssen aktiv in der Üstra App nachschauen oder telefonisch bei der 45 Service-Hotline erfragen, ob sie an der Haltestelle, an der sie ein oder aussteigen wollen, den Fahrstuhl nutzen können. Häufig gibt es nur einen Fahrstuhl an der konkreten Haltestelle oder Kröpcke-Ebene. Wenn dieser defekt ist, müssen die Personen wieder in die nächste Straßenbahn einsteigen und zur nächsten Haltestelle mit funktionierendem Fahrstuhl fahren, um barrierefrei ihr Ziel zu erreichen. Alle 50 Menschen haben das Recht, sich barrierearm und möglichst wenig mobilitätseingeschränkt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fortzubewegen. Es würde eine sinnvolle Unterstützung sein, wenn in der Straßenbahn frühzeitig akustisch und schriftlich angezeigt wird, wenn an der Haltestelle der Fahrstuhl defekt ist. Davon profitieren auch Personen, die mit einem Kinderwagen oder Bollerwagen oder Fahrrad 55 unterwegs sind. Zum Beispiel in der Stadt Wien wird diese Kommunikation schon umgesetzt. Die Menschen werden frühzeitig in der Straßenbahn darauf hingewiesen.

In der Straßenbahnlinie 1 (Sarstedt) wird im digitalen Infobrett an jeder Haltestelle durch eine Rollstuhl-Symbol angezeigt, dass die Haltestelle barrierearm ist. In der Linie 4 (Roderbruch) wird dieses Symbol nicht angezeigt, obwohl die Haltestelle auch 60 barrierearm ist. Hier macht es Sinn, eine einheitliche Nutzung des Symbols in allen

Üstra-Bahnen/Bussen und regiobus-Busse zu verwenden. Es kann für betroffene Personen hilfreich sein, nur anzuzeigen, wenn die Haltestelle nicht barrierefrei ist (aktuelle Symbolik im Linienplan ist dafür eine Treppe).

65 Im Hauptbahnhof Hannover sind die (Blinden-)Leitstreifen teilweise nicht bodenbündig. Dadurch sind die Leitstreifen taktil schwieriger von dem normalen Untergrund zu unterscheiden.

70 In der U-Bahn-Station Aegidientorplatz ist die Damen Toilette seit mindestens August 2025 defekt bzw. steht zur Nutzung nicht zur Verfügung. Personen, die die Damen Toilette nutzen möchten, müssen die Herren Toilette nutzen, da kein anderer Sanitärbereich in der unmittelbaren Umgebung zur Verfügung steht. Aktuell ist auch nur ein handschriftlich geschriebener Zettel mit Hinweis auf die defekte Toilette an der Damen Toilette provisorisch angeklebt.

75 Der Üstra Begleitservice steht aktuell nur von montags bis freitags von 7 bis 19 Uhr zur Verfügung. Die Anmeldung sollte mindestens 3 bis 4 Tage vorher telefonisch erfolgen. Menschen, die diesen Begleitservice nutzen, sollten diesen Service auch am Wochenende nutzen können, damit sie z.B. Einkäufe in der Innenstadt erledigen können oder an kulturellen Veranstaltungen teilnehmen können.

80 Hinweis zu den Antragssteller\*innen: Darunter ist kein Selbstvertreter und kein Betroffener von körperlicher Einschränkung in der Barrierefreiheit

## **V10 - Über den Wolken...**

Antragsteller\*innen: Jusos NordWest

Weiterleitung:

### ***Angenommen***

- 5 Die Jusos Region Hannover fordern, dass die Pläne der Seilbahn zwischen der Wasserstadt Limmer und dem Königsworther Platz mit einer Zwischen- und Umlenkstation weitergeführt, konkretisiert und auf Umsetzbarkeit geprüft werden. Bei der Prüfung soll der Fokus auf Nachhaltigkeit, Effektivität der Personenbeförderung und Stärkung des lokalen Tourismus liegen.

10 Begründung:

Vor 10 Jahren kam die Idee auf, Hannover mit einer in den ÖPNV integrierten Seilbahn zu bereichern. Berlin, Koblenz und viele andere deutsche Städte haben schon lange Seilbahnen, die noch, wenn sie es nicht schon lange sind, Teil des Verkehrssystems werden. In Hannover würde die Seilbahn insbesondere positive Auswirkungen auf die  
15 allgemeine Fortbewegung und den Tourismus haben, während sie einen geringen Effekt auf die Umwelt hätte sowie verhältnismäßig wenig Kosten erfordern würde.

#### 1. Positiver Effekt auf den ÖPNV

An einem normalen Tag dauert der Weg mit dem ÖPNV von der Wasserstadt Limmer bis zum Königsworther Platz Hannover ca. 25 Minuten und erfordert neben einem  
20 Fußweg von erstmal 10 Minuten mindestens einen Umstieg. Damals war die Seilbahn als Alternative zur Stadtbahn gedacht. Doch noch immer, 10 Jahre später, überwiegen die Vorteile. Zunächst gibt es über den Dächern Lindens keinen Stau, der eine funktionierende Stadtbahnbindung zu einfach und zu lange lahmlegt. Außerdem könnte eine im Durchschnitt 25 km/h schnelle Seilbahn die 3,1 km lange Strecke (mit  
25 Zwischenstopp in Linden-Nord) innerhalb von rund 7 Minuten zurücklegen. Je nach Gondelsystem könnten stündlich zwischen ein ein- und siebentausend Fahrgäste von A nach B befördert werden. Dabei würde immer eine neue Gondel zwischen maximal 35 und 120 Sekunden kommen. Mit der Stadtbahn können pro Stunde zwar 1860  
30 Fahrgäste (bei 155 Fahrgästen bei maximaler Kapazität eines TW2000/TW2500 – dabei zwei Triebwägen fahrend) befördert werden, aber auch nur zwischen „Am Küchengarten“ und der Wasserstadt, jedoch aber nicht direkt vom Königsworther Platz

aus. Die dazu benötigte Buslinie 200 zieht diese Gesamtzahl beförderten Personen mit einer Maximalkapazität von ca. 70 Personen deutlich herunter.

## 2. Positiver Effekt auf den Tourismus

35 Die Seilbahn würde neben dem Leine-Ihme-Zusammenfluss oder dem  
Wasserkraftwerk Herrenhausen über das schöne Linden-Nord und die Calenberger  
Neustadt fahren. Außerdem wäre es möglich den großen Garten, den Georgengarten  
sowie das Uni-Schloss aus der Luft zu sehen. Bei schönem Wetter wäre ein Blick über  
40 von unten auf die Seilbahn würde nicht störend sein. Dabei wäre es möglich einen  
schnellen und beeindruckenden Überblick zu erhaschen, bevor man sich die Objekte  
jeweils einzeln anschaut. Hannover würde damit die Chance bekommen seine  
Attraktivität zu steigern und mehr Tourismus zu generieren.

## 3. Geringer Effekt auf die Umwelt

45 Die Seilbahn benötigt bis auf zwei Ein- und Ausstiegorten wenige Stützpfeiler, welche  
im Gegensatz zu asphaltierten oder beschienten Strecken erheblich weniger  
Bodenversiegelung bedingen würden. Unter der restlichen Strecke könnte bestehende  
Natur bleiben und müsste nicht unnötig weichen. Auch hat man, je nach  
Gondelsystem, dieselben Möglichkeiten große Objekte, wie Fahrräder oder Koffer zu  
50 transportieren.

## 4. Niedrige Kosten

Ein Kilometer Straßenbahn kostet rund 15 Millionen Euro. Die Wasserstadt Limmer  
liegt zwar nur einen Kilometer von den Schienen der Linie 10 entfernt, doch bei diesem  
würde es bei einer Anbindung nicht bleiben. Für eine ordentliche Effizienz müsste die  
55 Strecke noch weitergebaut werden oder zumindest eine Möglichkeit zum Gleiswechsel  
außerhalb des Straßenverkehrs geschaffen werden. Beides würde steigende Kosten  
bedeuten. Eine Seilbahn kostet hingegen lediglich 10 Millionen pro Kilometer, sodass  
die Strecke insgesamt rund 30 Millionen kosten würde, zuzüglich der jeweiligen  
Stationen. Neben dem Bau, bleibt der Betrieb auch effizienter. Die Seilbahn läuft mit  
60 Strom und benötigt abgesehen von der Wartung keine personellen Ausgaben - im  
Gegensatz zur Stadtbahn.

## **Ini - Initiativanträge**

### **Ini01 - Burschenschaften und studentische Verbindungen konsequent bekämpfen – Für antifaschistische Hochschulen und klare Unvereinbarkeit**

Antragssteller\*innen: Jusos NordOst

- 5 Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Burschenschaften, studentische Verbindungen, Corps und sogenannte „Studenten vereine“ blicken auf eine lange Tradition zurück, die von überholten, elitären und diskriminierenden Strukturen geprägt sind. Damit gehen auch Brauchtümer einher,  
10 zu denen wir nicht zurückwollen. Viele dieser Verbindungen vertreten ein völkisch nationalistisches Weltbild, das sich in rassistischen, sexistischen und exklusiven Praktiken äußert. Sie sind häufig als Männerbünde organisiert, reproduzieren patriarchale Strukturen und schließen Menschen aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung aus. Obwohl es Unterschiede zwischen den  
15 verschiedenen Organisationsformen gibt, haben sie gemeinsam, dass hinter ihnen Formen der Vereinigung, Ideen und Einstellungen aus einem anderen Jahrhundert stecken, die wir Jusos ablehnen.

Insbesondere schlagende Burschenschaften sind in ihren Ansichten häufig besonders radikal. Sie sind geschichtsrevisionistisch, revanchistisch, antisemitisch  
20 und oft dem rechtsradikalen Spektrum zugeordnet. Ihr rückwärtsgewandtes Männlichkeitsbild steht für ein Werteverständnis, das mit unseren jungsozialistischen und sozialdemokratischen Grundwerten unvereinbar ist. Oft lässt sich in ihnen eine nationalistische, rassistische und sexistische Ausrichtung erkennen, die mit elitärem und tradiertem Denken und Auftreten einhergeht. Dies lässt sich daran erkennen, dass  
25 die Mehrheit der Burschenschaften schlagend ist, sie richten also Messuren (ein traditionelles Ritual des Fechtens mit scharfen Waffen zum Beweis der eigenen „Stärke“) aus. Nicht zuletzt haben Burschenschaften in den letzten Jahren zunehmend Zulauf erhalten. Zum einen lässt sich ein gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck erkennen, etwa in Form eines Erstarkens rechter Parteien und der Zunahme rechter  
30 Gewalttaten, von dem auch Burschenschaften mit ihrem völkischen und nationalen Identitätsangebot profitieren. Insbesondere für die Neue Rechte sind Hochschulen und Universitäten attraktive Wirkungsstätten. Netzwerke rechter und rechtskonservativer Gruppen im akademischen Kontext werden durch Ideen und Strategien der Neuen

Rechten gestärkt und ausgeweitet. So finden auch immer mehr Vernetzungen  
35 zwischen Burschenschaften und der AfD statt. Der hohe burschenschaftliche  
Organisationsgrad dient der AfD dabei als Plattform für ihre Ideen und politische  
Agenda. Gleichzeitig können Burschenschaften innerhalb der AfD insbesondere durch  
ihr Mobilisierungspotenzial großen Einfluss und Macht ausüben. Dies zeigen  
40 zahlreiche Beispiele, denn Teile der 40 Burschenschaften sind eng mit Akteur\*innen  
der Neuen Rechten und der AfD vernetzt. 41 Recherchen von „Report Mainz“ belegten  
2024, dass mehr als 50 AfD-Abgeordnete 42 und rund 60 Mitarbeiter von AfD-  
Abgeordneten Bezüge zu Burschenschaften haben.

Burschenschaften sind traditionell geprägt von exklusiven und elitären Strukturen,  
die häufig patriarchale Muster fortschreiben. Insbesondere dort, wo weiterhin ein  
45 eingeschränkter Zugang besteht, zeigt sich ein systematischer Ausschluss etwa von  
Frauen, Migrantinnen, Jüdinnen\*Juden oder politisch Andersdenkenden. Ihr  
Selbstverständnis basiert auf Kameradschaft, Männlichkeitsritualen und traditionellen  
Rollenbildern, die ein rückwärtsgewandtes Geschlechterverhältnis festigen. Neben  
der gezielten Ungleichbehandlung von Frauen sind Nationalität, sexuelle Orientierung,  
50 Religion und „rassistische“ Kriterien für den Ausschluss aus einer Burschenschaft bzw.  
der Nichtaufnahme. So wurde unter anderem im Dachverband „Deutsche  
Burschenschaft“ lange und ernsthaft über die Wiedereinführung des sogenannten  
„Ariernachweises“ als Aufnahmekriterium diskutiert. Burschenschaften vermitteln  
damit gezielt ein elitäres, rassistisches und antifeministisches Weltbild, das  
55 marginalisierte Gruppen herabwürdigt und insbesondere cis-männliche Dominanz  
hervorhebt. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass Burschenschaften noch immer als  
zentrale Instanzen für die Aufrechterhaltung bestimmter Männlichkeitsideale und  
konservativer Vorstellungen des Geschlechterverhältnisses fungieren, etwa beim  
Fechten mit scharfen Waffen, um die eigene Stärke und den Mut unter Beweis zu  
60 stellen, also Eigenschaften, die als vermeidlich männlich gelten. Darüber hinaus  
verfügen studentische Korporationen in ihrem Brauchtum über eine ganze Reihe  
weiterer Erbschaften, die die Einübung einer spezifischen Form von Männlichkeit und  
männlichen Habitus gewährleisten und der Aufrechterhaltung patriarchaler  
Machtverhältnisse dienen. In diesen Männerbünden wird die reine Männergesellschaft  
65 aufrechterhalten und die antifeministischen und antidemokratischen Muster  
fortgeschrieben. Diese Strukturen wirken auch politisch: Burschenschaftler treten  
öffentlich gegen Gleichstellungspolitik, Quoten, Diskriminierungsschutz,

geschlechtergerechte Sprache und die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt auf. Mit Begriffen wie „Genderwahn“ oder „Genderismus“ betreiben sie gezielt antifeministische Politiken, die von Stigmatisierung, Lächerlichmachung bis hin zur bewussten Tabubruch-Inszenierung reicht. Auch Burschenschaften, die sich selbst als gemäßigt darstellen und keinem radikalen Dachverband angehören, pflegen häufig weiterhin Kontakte zu solchen Verbindungen und stehen im Austausch mit ihnen. Eine klare und konsequente Abgrenzung sieht aus unserer Sicht anders aus. Für uns Jusos ist klar: Antifeministische Männerbünde haben in einer solidarischen und gleichberechtigten Gesellschaft keinen Platz, wir stellen uns ihnen entschieden entgegen. Als antifaschistischer und feministischer Richtungsverband ist es unsere Aufgabe, diese Strukturen offenzulegen und ihnen entschieden entgegenzutreten. Die bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse der SPD (2006, 2013, 2016) sind ein wichtiger Schritt, greifen jedoch zu kurz und werden nicht konsequent umgesetzt.

Wir Jusos sprechen uns daher entschieden aus gegen Burschenschaften, schlagende Verbindungen, Corps und sonstige Studentenverbindungen. Wir setzen uns konsequent für die Unvereinbarkeit solcher Mitgliedschaften mit der SPD und den Jusos ein. Menschen, die Burschenschaften, schlagenden Verbindungen oder studentische Corps angehören, verbreiten ihr Gedankengut sehr offensiv. Dies geht gegen das von uns Jusos vertretene emanzipatorische Weltbild. Der Freiheitsbegriff, den Burschenschaftler und schlagende Verbindungsmitglieder teilen, ist nicht mit dem von uns Jusos vereinbar. Wir fordern daher:

- Die konsequente Durchsetzung und Ausweitung des Unvereinbarkeitsbeschlusses zwischen SPD/Jusos und Mitgliedschaften in Burschenschaften schlagenden Verbindungen, Corps und sonstigen Studentenverbindungen.
- Den Ausschluss von Mitgliedern entsprechender Verbindungen aus der SPD und den Jusos;
- Die aktive Aufklärung über rechte Netzwerke und Strukturen an Hochschulen;
- Die Unterstützung antifaschistischer Initiativen und Bündnissen im Hochschulkontext;
- Den entschlossenen politischen und gesellschaftlichen Widerstand gegen rechte Ideologien an Hochschulen und darüber hinaus.